Hamburg, 2. September 1894. Nr. 35. 2. Jahrgang.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3099.

Herausgeber: B. Grosse in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 ₰,
Vergnügungs-Anzeigen 15 ₰, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittelungen 10 ₰ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach **Bremen** (Schulze's Werkstätte), **Delmenhorst, Laage i. M., Rabenau, Wilhelmshaven, Budapest, Christiania (Norwegen);** von Korbmachern nach **Oslebshausen** bei **Bremen** (G. Barre's Werkstätte) und **Luckenwalde;** von Tischlern und Stellmachern nach **Güstrow i. M.** (Mecklenburgische Waggonfabrik); von Drechslern nach **Lauterberg** (Fabrik Hillegeist); von Glasern nach **Flensburg.**

Zum 31. August,

dem Todestage Ferdinand Lassalle's.

F. H. An diesem Tage sind es dreißig Jahre her, daß der gewaltige Vorkämpfer des deutschen Proletariats seine Augen für immer schloß. Ueberall, wo es deutsche Arbeiter, wo es eine vom deutschen Sozialismus beeinflußte Arbeiterbewegung giebt, wird man an diesem Tage des großen Todten gedenken, werden die Arbeiter sich Dessen erinnern, der ebenso unerschrocken wie erfolgreich für das Volk eintrat zu einer Zeit, als die arbeitende Klasse noch wenige Vorkämpfer aufzuweisen hatte, da es ein völlig nutzloses, tollkühnes Unterfangen schien, dieser Klasse seine Kräfte zu weihen.

Wohl haben wir deshalb die Verpflichtung, auch an dieser Stelle die Arbeiter an den großen Rufer im Streit für ihre Sache zu erinnern, aber sollen wir ein Lebensbild Lassalle's geben, seine Verdienste für die Arbeiterklasse hervorheben? Das ist schon des Oefteren geschehen und außerdem giebt es wohl wenige Männer, die so populär geworden und in ihren Lebensverhältnissen den Massen so bekannt sind, wie Ferdinand Lassalle. Es giebt wohl keinen Sozialisten außer ihm, dessen Bedeutung so einmüthig anerkannt wird, den nicht nur seine Freunde, sondern auch die Feinde loben.

Das Letztere fällt um so mehr auf, wenn man bedenkt, wie bei dem Auftreten Lassalle's der geistige Mob mit allen möglichen Verleumdungen gegen ihn zu Felde zog. Wie durfte ein Lassalle es wagen, gegen Schulze-Delitzsch aufzutreten, die festeste Stütze des Manchesterthums mit so schneidigen Waffen zu bekämpfen! Damals hieß es, Lassalle stehe im Dienste der Reaktion, er wolle nur Haß und Zwietracht unter den Männern des Volkes säen. Auch die Arbeiter suchte man gegen ihn einzunehmen, was leider auch sehr leicht gelang, kannten dieselben seine Lehren doch nur aus fortschrittlichen Zeitungen und Reden. Nur wenige Arbeiter waren vorurtheilslos genug, um sich von diesem demagogischen Treiben fernzuhalten. Einen Kämpfer wie Lassalle konnten die Gegner jedoch nicht einschüchtern. Ein einziger Mann, „ausgerüstet mit dem ganzen Wissen seiner Zeit," trotzte er den Angriffen der Feinde, stürzte er sich kampfesmuthig in den großen Streit, um die Interessen der Enterbten und Unterdrückten wahrzunehmen.

Und nicht nur in glänzenden Reden, sondern vor Allem in seinen Flugschriften, seinen Werken, zeigt sich das umfassende, tiefe Wissen Lassalle's. Seine Schriften und Reden haben deshalb für uns mehr als geschichtliche Bedeutung, wie vielfach angenommen wird; für die Arbeiter giebt es fast kein Bildungsmittel, das mehr in's Gewicht fällt, als des gewaltigen Agitators Reden und Schriften. Wohl sind heute manche Anschauungen Lassalle's überholt, unübertroffen aber blieb die Macht und Schönheit seiner Worte, seine begeisterte und begeisternde Zuversicht für eine bessere, gerechtere Gesellschaftsordnung.

Und diese Thatsache kann auch nicht dadurch verdunkelt werden, daß jetzt die Feinde Lassalle vielfach loben, um ihn desto sicherer zum nationalen, königstreuen Staatssozialisten stempeln zu können, der im vollen Gegensatz zur internationalen republikanischen Sozialdemokratie steht. Der brave Lassalle wird gegen den bösen Marx ausgespielt. Das kann man jedoch nur durch ein altes, bei den Gegnern der Arbeiterbewegung sehr beliebtes Mittel — die Fälschung der Thatsachen — möglich machen.

Lassalle hat sich nie als Gegner der Internationalität gezeigt und auch seine republikanische Gesinnung nie verleugnet. Der Geist, von dem seine Agitation getragen wurde, das war derselbe, der das kommunistische Manifest durchwehte. Die Forderung des allgemeinen Wahlrechts, der Kampf gegen die Fortschrittspartei und das Manchesterthum, das sind Aeußerungen, dem Wesen des modernen Sozialismus entsprungen; sie beruhen auf dem Grundsatze, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nur durch diese selbst erfolgen kann, nur durch den Klassenkampf, der naturnothwendig ein politischer Kampf ist und die Eroberung der Staatsmacht als Ziel haben muß, um diese der sozialen Umgestaltung dienstbar zu machen.

Daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiter die einzige revolutionäre Klasse bilden — dieser Grundgedanke des kommunistischen Manifestes war es, den Lassalle als Grundlage seines ersten, den Berliner Arbeitern gehaltenen Vortrages annahm.

Aber wenn auch die Forderungen und die Agitation Lassalle's von dem Gedankengange des kommunistischen Manifestes erfüllt waren, so waren sie auch andererseits ganz den augenblicklichen Verhältnissen angepaßt, mit denen er rechnen mußte; sie entsprachen Deutschland in den Anfängen der sechziger Jahre, als die Arbeiter, soweit sie sich überhaupt politisch betheiligten, unter der Flagge der neugegründeten Fortschrittspartei marschirten. Gerade diese Anpassung an die thatsächlichen Verhältnisse war es, die, vereint mit dem Eifer und der großen Willenskraft Lassalle's, jenen gewaltigen Erfolg seiner Agitation herbeiführte, der fast märchenhaft erscheint und zu einem Sagenkreis Veranlassung gab, der zum Theil heute noch den Namen des großen Agitators umgiebt.

Ebenso schwankend, so unvollkommen und unfertig, wie das Lassalle'sche Programm war auch die Nation, in der es wirken sollte. Die Verhältnisse gestatteten Lassalle nicht, sein Programm bestimmter und vollendeter aufzustellen. Ueber die Verfassungsfrage mit der Fortschrittspartei in Streit gerathen, machte er sich gerade von Neuem an das Studium der Oekonomie, als er von dem Leipziger Arbeiter-Comité zur praktischen Agitation abgerufen wurde. Zum Unglück für sein Werk, zum Unglück für unsere Partei starb er, eben als gewaltige Revolutionen in Deutschland begannen, die ihn zu einer Erweiterung und Läuterung seines Programms getrieben hätten. Das moderne Deutschland mit seiner gewaltigen Arbeiterbewegung entstand erst durch die große industrielle und politische Revolution, die seit 1870 eingetreten und die heute noch fortdauert.

Lassalle war sich seinerzeit klar, daß, wollte er die Fortschrittspartei bei den Arbeitern ausstechen, so mußte er sie politisch und ökonomisch ausstechen, und er that es, indem er politisch die Forderung des allgemeinen und direkten Wahlrechts, ökonomisch die Forderung des Staatskredits für die Produktivgenossenschaften der Arbeiter auf sein Banner schrieb.

Die Hauptforderung Lassalle's, das allgemeine Wahlrecht, ist in Deutschland längst erreicht. Das Manchesterthum ist todt, die Fortschrittpartei unbedeutend geworden, und die Produktivgenossenschaften, die Lassalle nur aus taktischer Klugheit verlangt hatte, bilden heute nur noch ein Mittel, untergehende Produktionsformen für eine längere oder kürzere Zeit über Wasser zu halten.

Die ökonomischen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, die heute in der Arbeiterbewegung die erste Rolle spielen, die waren zu Lassalle's Zeit in Deutschland kaum dem Namen nach bekannt, trotzdem Marx schon 1847 auf ihre Bedeutung für den Klassenkampf hingewiesen hatte. Alle wirthschaftlichen und politischen Revolutionen der sechziger und siebziger Jahre mußten der Sozialdemokratie Nutzen bringen; die Zahl ihrer Anhänger wurde von Tag zu Tag größer, dadurch wurden ihre Ziele weiter und größer, sie mußte über den Lassalleanismus hinausgehen.

Freilich, die Gegner der Sozialdemokratie, denen vor ihren Fortschritten bange wird, wünschen die Zeiten Lassalle'scher Agitation zurück, sie vergessen dabei allerdings, daß Lassalle schon bei Beginn seiner Agitation auf dem Boden stand, auf dem die Sozialdemokratie heute steht, daß er selbst der Erste gewesen wäre, sein Programm den veränderten Verhältnissen entsprechend zu ändern. Lassalle strebte nach Herstellung eines einigen, freien Deutschlands, aber gerade dieses Streben hätte ihn nie dazu bringen können, in dem heutigen Deutschland die Vollendung seines Ideals zu erblicken.

Seine Ideen von Staatshülfe, deren Schlagworte die Gegner aufgenommen und ihnen eine ganz andere Bedeutung gegeben haben, mußten Lassalle zum entschiedensten Gegner des Staatssozialismus machen.

Haben nach alledem die Gegner der Sozialdemokratie keine Ursache, den todten Lassalle gegen die lebende Sozialdemokratie auszuspielen, so ist es für uns geradezu eine Pflicht, uns des Mannes und seiner Werke dankbar zu erinnern, der als Vorkämpfer und Bahnbrecher der modernen Arbeiterbewegung so große Dienste geleistet hat.

Als Politiker und Theoretiker gehört Lassalle der Geschichte an, unterliegt er ihrer Kritik. Als Agitator lebt er unter uns fort, entflammt er heute noch die Herzen, nicht nur der einfachen Arbeiter, sondern auch der gewiegten Politiker. Am besten zeigt sich die ganze Größe Lassalle's darin, daß seine Agitationsschriften, obgleich ganz besonderen, längst überwundenen Verhältnissen angepaßt, noch heute zu den besten Agitationsschriften der Sozialdemokratie gehören. Die Klarheit des Gedankenganges, die Schärfe und Wucht des Ausdrucks, die stolze Ueberlegenheit und glühende Leidenschaft wirken heute noch erhebend und überwältigend.

Wenn auch, „was sterblich war von Ferdinand Lassalle, dem Denker und Kämpfer", in der Erde ruht, sein Geist lebt unter den Massen des Volkes, das, keinem Personenkultus huldigend, doch die Werke des Mannes zu schätzen weiß, der ihm (dem Volke) den Weg wies, auf dem es weiterschreitend, die vollständige Durchführung des sozialistischen Prinzips, die freie sozialistische Gesellschaft erreichen muß. Alle die Schaaren der klassenbewußten Arbeiter richten ihren Blick auf das gemeinsame Ziel, von dem der Dichter sagt:

Das Ziel ist nah — so tönt es fort und fort,
Das ist der Gruß, den wir Dir heut' entboten,
Der Jubelgruß und das Verheißungswort
Der Lebenden an Dich, den großen Todten.
Und einst entbieten wir noch bessern Gruß:
Da werden wir in Häusern und in Hütten
Um Deiner Büste weißen Marmorfuß
Die rothen Rosen der Erfüllung schütten.

Arbeitereinkommen und die Spartheorie.

In Nr. 25 in dem Artikel „Sparen?“ versprachen wir, darauf zurückzukommen, ob es überhaupt möglich sei, daß Arbeiter unter den gegenwärtigen schlechten Lohnverhältnissen zu sparen im Stande seien. Ferner wollten wir auch auf den wirthschaftlichen Charakter der öffentlichen Sparinstitute näher eingehen, und zwar auf Grund eines Hinweises der „Wick'schen Gewerbezeitung“, daß die Sparkassen nur im Interesse der weniger wohlhabenden und armen Bevölkerung vorhanden und „der Sozialdemokratie es wohl nie gelingen würde, den gesunden Sinn der Arbeiterwelt zur Ueberzeugung zu bringen, daß Sparen ein Staatsverbrechen und die Unzufriedenheit höchste Tugend sei.“

Stellen wir nun zunächst, um die Unmöglichkeit des Sparens zu beweisen, fest, über welches Einkommen die arbeitende Klasse zu verfügen hat.

Wir folgen hierbei einer Aufstellung des „Leipziger Tageblatt“, dem man gewiß in Bezug auf Richtigkeit glauben schenken darf; wir nehmen eher an, daß es bei seiner Aufstellung die Einkommen der Arbeiter etwas höher als zu niedrig angegeben hat. Es handelt sich um die Einschätzung zur staatlichen Einkommensteuer in den 31 sächsischen Städten mit über 8000 Einwohnern. Zu bemerken ist hierbei, daß damals Einkommen unter Mk. 400 in Sachsen steuerfrei waren, welche Summe freilich vom letzten Landtag auf Mk. 500 hinaufgesetzt worden ist. Nach der Aufstellung haben

42	pZt. der Bevölkerung ein Einkommen	bis M.	500
12	„ „ „ „ „	von „	500—600
8,75	„ „ „ „ „	„ „	600—700
8	„ „ „ „ „	„ „	700—800

Also 70,78 pZt. haben ein Einkommen von unter Mk. 500—800.

In Preußen ist das Verhältniß, wenigstens dem Anscheine nach, etwas günstiger, d. h. soweit mit Einkommen über Mk. 600 gerechnet wird. Nach Soetbeer haben

41,36	pZt. ein Jahreseinkommen	bis M.	420
29,29	„ „ „	von „	420—660
12,29	„ „ „	„ „	660—900

Soetbeer stellt in seiner Berechnung das durchschnittliche Einkommen für Zensiten (zur Steuer Eingeschätzte) mit Mk. 941 fest, nach amtlicher Berechnung des Durchschnittslohnes, welcher auf die dem Unfallversicherungsgesetze unterstellten Arbeiter kommt, beträgt derselbe aber im Durchschnitt nur Mk. 628 für den Arbeiter (s. Handbuch von Dr. Lux).

Wir haben aus einer vom „Leipziger Tageblatt“ aufgestellten Liste nur den Durchschnitt der ersten 4 Klassen herausgezogen, von welchen das Blatt sagt, daß sie zu den „Unbemittelten“ gehören, die beiden nächsten Stufen Mk. 800—1600 gehören zu „mittleren“ Einkommen und diejenigen über Mk. 1600 zu den „besseren“ und „höheren“.

Wie falsch diese Klassifizirung, brauchen wir nicht ausführlich nachzuweisen.

Die verschiedensten statistischen Aufnahmen über die wirthschaftliche Lage der Arbeiter über Haushaltungs- und sogenannte Arbeitsbudgets seitens der einzelnen Gewerkschaften resp. Gewerkschaftsverbände weisen nach, daß zur Bestreitung auch nur der allernothwendigsten Bedürfnisse ein Einkommen von Mk. 1500—2000 erforderlich ist. Sagte doch vor mehreren Jahren der bekannte Reaktionär und „Handwerker im Geist“, wenn wir nicht irren in dem deutschen Reichstage, mit weniger als Mk. 900 Einkommen lasse sich kein menschenwürdiges Dasein führen. Was der Herr, der sicher noch nicht den Versuch gemacht hat, seinen Ausspruch in der Praxis auszuführen, unter menschenwürdigem Dasein versteht, wollen wir dahingestellt sein lassen, aus der obigen Aufstellung geht aber mit größter Deutlichkeit hervor, daß die Mehrheit der Bevölkerung der 31 größten Städte Sachsens ein menschenwürdiges Dasein nicht führen kann. Wenn man nun glaubt, daß die Wohnungsmuth nur in den größeren Städten Sachsens zu Hause ist, so irrt man, diese ist vielmehr über das ganze Land verbreitet. Wie aus einer Zusammenstellung des Leipziger Blattes hervorgeht, betrug der Landesdurchschnitt an „Unbemittelten“, d. h. wie schon oben bemerkt, Steuerzahlern mit einem Jahreseinkommen unter Mk. 800, **66,1** pZt. Dieser Satz wird noch überschritten von Zittau mit **70,0** pZt., Glauchau mit **70,0**, Oelsnitz mit **70,3**, Meerane mit **71,0**, Limbach mit **71,6**, Schneeberg mit **72,6**, Plauen mit **73,2**, Hainichen mit **74,4**, Frankenberg mit **76,8** und Döbeln mit **77,9** pZt. Man wolle beachten, daß diese Ziffern den Prozentsatz an Steuerzahlern mit einem Jahreseinkommen von Mk. 500 bis 800 bedeuten; man darf zu diesen noch mindestens den dritten Theil aus der dritten Steuerstufe mit einem Einkommen von Mk. 800—1100, sowie alle Diejenigen, welche überhaupt keine Steuern zahlen, weil sie weniger wie Mk. 400 Einkommen haben, jenen „Unbemittelten“ hinzurechnen und man erhält dann die Gesammtziffer Derer in Sachsen, die selbst nach dem „Hofrath mit Frack und weißer Weste“ zu wenig zu einem menschenwürdigen Leben haben.

Diese Ziffern ließen sich noch in das Unendliche vermehren, doch wir wollen davon absehen, wir sind überzeugt, wollten wir die Einkommensverhältnisse der Weber im Schlesischen Eulengebirge, der Landarbeiter in Ostpreußen, Posen, Pommern usw. mit in unsere Betrachtung ziehen, die Zahlen würden noch viel ungünstiger ausfallen. Alle uns vorliegenden Statistiken zeigen, daß kaum 10 pZt. der Steuerzahler ein Einkommen haben, welches gestattet, ein einigermaßen menschenwürdiges Leben zu führen. Das gilt für Sachsen, Preußen, und auch in den übrigen Ländern Deutschlands ist das zutreffend, wir werden gelegentlich noch auf einige Details zurückkommen.

Wir können hier an einigen Beispielen, die uns in Form statistischer Tabellen vorliegen, nachweisen, welche Summe nothwendigerweise, um menschenwürdig leben zu können, aufgewendet werden müßte; wir wollen jedoch, da es uns zu weit führen würde, davon Abstand nehmen und verweisen unsere Leser vielmehr auf das Studium der vorzüglichen Schrift „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter“ von Emanuel Wurm (140 Seiten, Preis 50 Pf.).

In diesem Schriftchen sind 52 Tabellen aufgeführt, in denen bis zu Nr. 43 das höchste Einkommen das eines schlesischen Bergarbeiters (wahrscheinlich Steiger) mit 1496, das niedrigste, eines sächsischen Handwebers, mit 298 Mark aufgeführt ist. Außerdem sind darin Budgets von Handwerker- und Arbeiterfamilien aufgeführt, zum Theil von höherstehenden Beamten *) als auch von Gewerkschaftsvorständen zusammengestellt, die Jedem das größte Interesse abnöthigen. Aus allen geht aber unstreitig hervor, daß die Einnahmen zu den erforderlichen Bedürfnissen (nicht Ausgaben) in einem schreienden Mißverhältniß stehen. Jeder denkende Mensch muß, wenn er die Zahlen in der genannten Schrift, die sämmtlich aus authentischen Quellen stammen, vorurtheilsfrei prüft, zu der Ueberzeugung gelangen, daß bei solchem Einkommen, das nicht einmal das Nothwendigste anzuschaffen gestattet, an ein Zurücklegen, oder modern ausgedrückt, an „Sparen“ nicht zu denken, ja jede Möglichkeit dazu ausgeschlossen ist.

Nichtsdestoweniger giebt es außer dem Spartheoriker Eugen Richter noch eine ganze Anzahl meistens höher und bessergestellter Leute, die herausgetüftelt haben, daß Arbeiter bei einem noch niedrigeren Einkommen nicht allein sehr luxuriös leben, sondern sogar noch sparen können. So wurde, um nur ein Beispiel von vielen herauszugreifen, im amtlichen Kreisblatt des Kreises Hamm (Westfalen) aller Welt zu Nutz und Frommen mitgetheilt, daß ein Arbeiter mit Mk. 300 jährlich „herrlich leben“ kann, natürlich dürfe er von „sozialdemokratischer Unverschämtheit nicht angesteckt“ sein. Um die Sache nicht so ganz geringfügig pro Tag erscheinen zu lassen, hat man einfach vom Jahr 65 Tage gestrichen und das Jahr zu 300 Tagen festgesetzt. Die 65 Tage sind nach dem amtlichen Kreisblatt die Sonn- und Festtage, an denen der Arbeiter der „Sonntagsruhe“ fröhne, d. h. fastet und wie ein Murmelthier schläft. Das Blatt offenbart dann, daß nach § 3 Abs. 1 des Reichsgesetzes, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889, der Durchschnittswerth der Naturalbezüge der Arbeiter wie folgt festgesetzt ist:

	Täglich	Jährlich
Erstes Frühstück	15 ₰	M. 45
Zweites „	10 „	„ 30
Mittagsbrot	25 „	„ 75
Vesperbrot	10 „	„ 30
Abendbrot	20 „	„ 60
Wohnung	15 „	„ 45
Kleidung	05 „	„ 15
Summa	100 ₰	M. 300

Nicht wahr, so ein gewöhnlicher Mensch, genannt Arbeiter, „lebt durchschnittlich“ recht billig — viel billiger noch als ein Arbeitspferd. Dasselbe erfordert, wenn es gesund und kräftig bleiben soll, einen Aufwand von 2 Mark und mehr. Wenn die 65 gestrichenen Tage hinzugesetzt werden, lebt der Arbeiter durchschnittlich noch billiger wie oben angegeben. Da begreifen wir die Klagen unserer Kollegen in Hamm über theure Lebensmittel, theure Wohnung und Kleidung nicht, wenn dort Alles so billig ist, Wohnung 15 Pfg., Kleidung 5 Pfg., noch nicht einmal so viel, als wie anderswo für Instandhaltung der Wäsche ausgegeben werden muß. Das müssen dort wahrhaft idyllische Zustände sein.

Wenn das der Vater der Spar-Agnes erfährt, daß die Arbeiter in Hamm weder Bier trinken noch Zigarren rauchen, weder Licht noch Feuerung brauchen, d. h. Alles das sparen, so wird sich ihm vor Freude das Herz im Leibe umdrehen, und wir sind überzeugt, daß er seinen Haushaltungsplan für Arbeiter, den er sonst nach einem Einkommen von 900 Mk., jetzt auf auf 932 Mk. jährlich festgestellt hat, unbedingt auf 300 Mk. herabsetzen wird. Vielleicht bringt es der unerschöpfliche Rechnenmeister fertig, an dem amtlichen Hammer Haushaltungsbudget noch einige Ersparnisse zu machen. Das wäre eines Eugen Richter würdig.

Es ließen sich für die Unmöglichkeit des Sparens bei dem heutigen Arbeitereinkommen noch eine ganze Reihe Fälle anführen, es hieße aber Eulen nach Athen tragen, wollten wir unseren Kollegen, die diese Wahrheit längst sammt und sonders am eigenen Leibe verspürt haben, selbige noch in Zahlen näher veranschaulichen. Lassen wir es mit den vorstehenden Hinweisen genügend sein und wenden wir uns im nächsten Artikel dem wirthschaftlichen Charakter der Spartheorie zu.

*) Lohn- und Arbeitsverhältnisse im deutschen Drechslergewerbe. In diesem Schriftchen, daß durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ für 20 ₰ inkl. Porto zu beziehen ist, sind mehrere Arbeiterbudgets, von Beamten des Frankfurter Fachblatts zusammengestellt, aufgeführt. Wir empfehlen das Schriftchen namentlich den Drechslern zum eifrigen Studium.

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung.)

Peukert galt indessen in London immer noch als Ehrenmann, obwohl Most, den er als nicht revolutionär genug bekämpfte, ihn einen „Schurken“ und „Lumpen“ nannte. Peukert hatte seit 1884 den „Rebell“ in London herausgegeben; Mitredakteur war der Mechaniker Otto Rinke, geboren 1858 im Posenschen, der seit 1876 in der Schweiz für den Anarchismus agitirt hatte. 1886 veranlaßte Peukert eine Spaltung unter den Londoner Anarchisten, der Klub „Autonomie“ sonderte sich von den anderen anarchistischen Klubs ab und gab eine eigene Zeitschrift an Stelle des „Rebell“ heraus, die „Autonomie“, welche den blutrünstigsten Blödsinn als „revolutionäre“ Gesinnung verzapfte.

Die „revolutionäre“ Phrase und das scheinbar energische Vorgehen zu Gunsten der Arbeiter führte besonders dem Anarchismus in Amerika von 1881 ab viele Anhänger zu. In Mexiko hatte schon früher eine anarchistische Bewegung bestanden, die sich 1879 durch einen Handstreich der Stadt Queretaro bemächtigte, aber bald von den Regierungstruppen besiegt wurde. 1880 agitirte der Kaufmann Ed. Nathan Ganz, ein ganz gewöhnlicher Hochstapler und Schwindler, in Boston für den Anarchismus und gab 1881 eine Zeitschrift im Heftformat, „The Anarchist“, heraus, die aber schon nach der zweiten Nummer einging, da ihr Herausgeber wegen Schwindeleien verhaftet wurde. Im Juli 1881 erschien in Boston ein anderes anarchistisches Journal, „Liberty“ (Freiheit), herausgegeben von Tucker, einem Anhänger Proudhon's. Aber auch dieses gewann wenig Gesinnungsgenossen. Da kam im Herbst 1882 Most nach Amerika und entfaltete sofort wieder eine lebhafte Agitation; sie war erfolgreich, da die Arbeiter trotz des freien Wahlrechts machtlos waren gegenüber den von den Besitzenden ausgeübten Betrügereien bei den Wahlen.

Am 14. Oktober 1883 wurde zu Pittsburg ein Kongreß der Sozialrevolutionäre und Anarchisten aus 26 Städten beschickt und eine neue internationale Arbeiter-Assoziation, die „International Working Peoples Association“, begründet mit dem Hauptsitz in Chicago, wo die regste Arbeiterbewegung bestand. F. A. Sorge schildert dieselbe folgendermaßen: „Die Chicagoer bewahrten sich eine gewisse Einhelligkeit der Ansichten und der Taktik, hielten stets enge Fühlung mit den Gewerkschaften und anderen Arbeitervereinen und sicherten sich damit großes Ansehen und Geltung bei der Arbeiterbevölkerung der Stadt, welche sie bei verschiedenen Gelegenheiten sehr wohl auszunützen verstanden, wodurch sie den bürgerlichen Behörden sehr unbequem wurden. Unstreitig repräsentirten die Anarchisten während der Jahre 1882—1885 eine respektable Macht in Chicago. Sie hatten eine Reihe von intelligenten, energischen Führern und verfügten über mehrere Preßorgane mit großem Leserkreis, vor Allem über die „Arbeiterzeitung“, in welcher tüchtige Kräfte alle Fragen von allgemein öffentlichem Interesse sowohl wie von besonderer Bedeutung für die Arbeiter in an- und aufregendem Stile behandelten. Der von der Amerikanischen Arbeiterföderation begonnenen Achtstundenbewegung standen die Führer und die Blätter Anfangs ziemlich kühl gegenüber, aber als dieselbe immer mächtiger anschwoll, schwenkten sie kluger Weise ein und erlangten die Führung derselben in Chicago, dessen Beispiel stark einwirkte auf viele Städte des Westens.“

Dieser Kampf um den Achtstundentag war den Kapitalisten Chicagos ein Dorn im Auge; die Achtstunden-Assoziation, die im November 1885 dort begründet wurde, sprach ja in ihrem Programm aus, daß sie die Verkürzung der Arbeitszeit erstrebe, um für die beschäftigungslosen Arbeiter Beschäftigung zu ermöglichen, dadurch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander zu verringern und infolgedessen die Löhne zum Steigen zu bringen. Seit Oktober 1883 bestand außerdem die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ in Pittsburg. Diese Organisation erklärte, daß die Wahlmethode die Arbeiterbewegung ihrem Ziele nicht näher bringe, sondern eine gewaltsame Revolution nothwendig sei. Die „Arbeiterzeitung“, der „Vorbote“, die „Fackel“ waren ihre Organe unter den Deutschen, und im Oktober 1884 wurde der „Alarm“ als englisches Organ der anarchistischen Internationale begründet. Massenversammlungen unter freiem Himmel wurden abgehalten, die Feier des 1. Mai für 1886 in umfassender Weise vorbereitet.

Inzwischen war am 16. Februar 1886 in der Ackerbau-Geräthschaftsfabrik von Mc. Cormik in Chicago Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgebrochen, 1200 Mann wurden sofort auf's Pflaster gesetzt; in die Versammlungen der Ausgesperrten

drangen bewaffnete Pinkertonianer*), knüppelten die Arbeiter zu Boden oder schleppten sie in die Gefängnisse. Diese alltäglichen stürmischen Szenen erhitzten selbstverständlich die Gemüther aller Arbeiter in Chicago und trugen dazu bei, daß sich Aller Augen auf die Achtstundenbewegung und den allgemeinen Streik richteten. Am Sonntag vor dem 1. Mai hielt die Central Labor Union (Zentral-Arbeiter-Vereinigung) von Chicago eine Versammlung ab, an der 25 000 Personen theilnahmen. Spies, Parsons, Fielden und Schwab waren die Hauptredner. Am 1. Mai legten mehr als 25 000 Arbeiter ihre Werkzeuge nieder und verlangten die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Bald stieg die Zahl der Ausständigen auf das Doppelte. Die Kapitalisten suchten nun, Krawalle zu provoziren; die „Pinkertonianer" schossen am 3. Mai auf Ausständige, welche verhinderten, daß Streikbrecher bei Mc. Cormik zu arbeiten begannen. Um gegen diesen mörderischen Polizeiangriff zu protestiren, wurde am 4. Mai eine Versammlung auf dem Heumarkt einberufen. Der Anarchist Spies hatte ein Zirkular verfaßt, das die Arbeiter zu den Waffen rief; in demselben heißt es: „Rache! Arbeiter, zu den Waffen! Eure Herren haben ihre Bluthunde, die Polizei, ausgeschickt. Diese haben heute Nachmittag vor Mc. Cormik's Fabrik sechs Eurer Brüder getödtet. — Zu den Waffen! Wir rufen Euch zu den Waffen!"

Die Versammlung fand Abends 8 Uhr auf dem Heumarkt statt, kaum 200 Arbeiter hatten sich eingefunden, die Anarchisten Spies und Parsons hielten, wie gerichtlich zugegeben wurde, sehr „zahme" Reden; plötzlich marschirten gegen 100 Polizisten auf die Versammlung zu, der Kapitän rief: „Im Namen des Volkes des Staates Illinois befehle ich dieser Versammlung, sich aufzulösen!" In diesem Augenblick ward eine Bombe geschleudert; sie verwundete 60 und tödtete 7 Polizisten, die zum Theil auch durch Revolverschüsse getroffen wurden, die direkt von der Polizei ausgingen, welche auf die Versammelten schoß.

In den nächsten Tagen wurde Jeder, der mit der „Internationalen Arbeiter-Assoziation" auch nur entfernt etwas zu thun hatte, verfolgt, eingesperrt und auf's Rücksichtsloseste eingeschüchtert. Es herrschte während des ganzen Monats Mai eine wahre Schreckensherrschaft in Chicago. Eine große Zahl von Verhaftungen fand statt. Geständnisse wurden in der brutalsten Weise erzwungen, und schließlich wurde gegen Spies, Fielden, Parsons, Schwab, Engel, Lingg, Fischer und Neebe**) die Anklage auf Mord erhoben, die im Laufe des Prozesses, als die Staatsanwaltschaft sah, daß sie damit keine Verurtheilung erreichen werde, umgewandelt wurde in eine Anklage auf Verschwörung zur Ermordung von Polizisten. Von diesen Angeklagten waren zur Zeit der Explosion der Bombe nur Spies und Fielden auf dem Heumarkt; Fischer und Parsons hatten die Versammlung bereits verlassen und Schwab, Engel, Lingg und Neebe garnicht an derselben theilgenommen. Parsons hatte seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren mit in die Versammlung genommen — ein Beweis, wie wenig dieser „Verschwörer" an den Ausbruch der Unruhen dachte.

Die Anklage wollte Blut um Blut; sie wollte eine Verurtheilung um jeden Preis. „Die Arbeiter sollen wie Ratten in ihre Höhlen zurückgejagt werden," rief der Staatsanwalt Grinnell aus. Neebe wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, die anderen sieben Angeklagten wurden von den Geschworenen zum Tode durch den Strang verurtheilt. Alle Bemühungen, den Gouverneur Ogelsby zu bewegen, allen Verurtheilten das Leben zu schenken, waren vergeblich. Petitionen mit hunderttausenden von Unterschriften erbaten das Leben der Verurtheilten. Im Namen der großen Mehrheit der deutschen Arbeiter richteten die sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht, Grillenberger und Singer ein Telegramm an den Gouverneur und baten, obwohl Gegner der Anarchisten, im letzten Augenblick im Namen der Menschlichkeit um Schonung des Lebens der Verurtheilten. Vergeblich! Nur Fielden und Schwab wurden begnadigt — zu lebenslänglichem Kerker.

Am Morgen des 10. November zerschmetterte sich Lingg den Kopf mit einer Patrone, die er in den Mund nahm und an einer Kerze anzündete. Schrecklich verstümmelt mußte er sich noch bis 2½ Uhr Nachmittags quälen, ehe er starb. Am 11. November 1886 wurden Spies, Fischer, Engel und Parsons gehängt; sie starben muthig; wiederholt hatten sie versichert, daß sie mit dem Bombenwerfen nichts zu thun hatten. Unter der Theilnahme des arbeitenden Volkes von Chicago wurden die vier Märtyrer der Arbeiterbewegung begraben und auf dem Kirchhof Waldheim beerdigt.

Nach dem Prozeß beschwor die Schwester des Anarchisten Waller, der mit angeklagt gewesen war, daß ihr Bruder von der Polizei zu seinen Aussagen verleitet worden sei, von dieser Geld erhalten hatte und schließlich mit noch 1000 Dollars nach Deutschland geschickt wurde, wobei er von dem Polizeikapitän den Auftrag erhielt, seinen Namen in Miller umzuändern; er wohne seitdem in Hamburg unter dem Namen Miller.

Fielden, Schwab und Neebe blieben im Zuchthaus, die Kapitalistenpresse aller Länder benutzte jede Gelegenheit, um auf die „Mörderbande" zu schimpfen und das Bombenattentat als ein Verbrechen der Arbeiter hinzustellen. Da brachte der Telegraph am 25. Juni 1893 aus Chicago die Kunde: „Heute, am Tage der Enthüllung eines Denkmals für die Hingerichteten auf dem Begräbnißplatz in Waldheim hat der jetzige Gouverneur des Staates Illinois, J. P. Altgeld, nach eingehendem Studium der Prozeßakten erklärt, der Prozeß sei eine abgekartete Sache der Kapitalisten gewesen, um die Achtstundenbewegung zu vereiteln, gegen die Hingerichteten sei ein Justizmord begangen. Fielden, Schwab und Neebe wurden durch den Gouverneur Altgeld sofort in Freiheit gesetzt, da sie bei dem Bombenwurf nicht betheiligt waren.

Most, der schon vor dem Bombenattentat eine Anklage erhalten hatte, wurde 1886 in Newyork zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Peukert benutzte das Chicagoer Attentat, um in London zur Nachahmung aufzufordern.

Inzwischen waren die Lockspitzel sehr eifrig in Belgien thätig. 1887 kam es zum Prozeß zu Mons, bei dem nachgewiesen wurde, daß es ministeriell und polizeilich angestellte Lockspitzel waren, welche sowohl mit Dynamitbomben, als mit Brandreden und Verschwörungen den Staat gerettet hatten. Es zeigte sich, daß die Anwendung von Lockspitzeln bereits zu einer internationalen Staatseinrichtung und die Aufreizung zu Gewaltthaten ein lohnender Erwerbszweig für eine ganze Anzahl Lumpen geworden war. (Fortsetzung folgt.)

*) Der Kapitän Pinkerton hatte eine Privatpolizei begründet, die nach ihm benannt wurde. Er nahm das roheste und erbärmlichste Gesindel in Dienst, bewaffnete es und stellte es den Fabrikanten gegen gute Bezahlung zur Verfügung, um die Arbeiter zu bekämpfen. 1893 kam es zu vollständigen Schlachten zwischen Pinkerton und ausgesperrten Arbeitern der Eisenwerke von Carnegier, Phipps & Co. in Homestead (Hohenstätt), Pennsylvanien.

**) August Spies, geboren 1855 zu Friedewalde in Hessen-Kassel, Sohn eines kurhessischen Försters, besuchte Gymnasium und Polytechnikum in Kassel, wurde schon mit 16 Jahren Geometer, wanderte 1872 nach Amerika aus, schloß sich 1877 der Arbeiterbewegung an, wurde 1889 Geschäftsführer der „Chicagoer Arbeiterztg.", schloß sich der Most'schen Richtung an, befürwortete 1882 auf dem „Kongreß der Revolutionäre" in Pittsburg die „Propaganda der That" und nannte sich Anarchist. — Albert R. Parsons, 1848 in Montgomery (Alabama) geboren, war Schriftsetzer, machte den Südstaatenkrieg von 1861 bis 1865 mit, trat dann für die Neger ein, kam 1873 nach Chicago als Setzer, war erst Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei, seit 1876 Redakteur des anarchistischen „Alarm". — Adolf Fischer, geboren 1861 in Bremen, kam 1876 nach Amerika, wurde Schriftsetzer, gehörte zuerst der sozialistischen, dann der anarchistischen Partei an. — Georg Engel, geboren 1836 in Kassel als Sohn eines armen Maurers, wurde Malergehülfe, wanderte 1872 nach Amerika aus und schloß sich dort der anarchistischen Partei an. — Samuel Fielden, geboren 1847 in England, Sohn eines Weberei-Werkführers, arbeitete als Spinner, wurde Methodisten-Lehrer, 1868 in Amerika Freidenker, lebte in Chicago als Fuhrmann. — Michael Schwab, geboren 1853 in Kitzingen in Bayern, besuchte die lateinische Schule, wurde Buchbinderlehrling. Die Berichte über den Hochverrathsprozeß in Leipzig machten ihn zum Sozialisten. 1879 wanderte er nach Amerika aus, 1882 wurde er Anarchist. — Louis Lingg, geboren 1864 in Mannheim als Kind sehr armer Leute, wurde Zimmermann, in Bern Anarchist, kam 1885 nach Chicago und trat dort sofort als anarchistischer Agitator auf. — Oskar Neebe, geboren 1849 in Newyork, lernte die Klempnerei, wurde 1870 Sozialist, später ein „Radikaler", als er sah, „daß die korrupte Wahlmethode der Politiker uns hindern würden, durch den Stimmkasten unser Ziel zu erreichen".

Der elfte deutsche Tischler-Innungstag

fand, wie wir früher schon mittheilten, am 13. bis 15. August statt. Wie sehr recht wir hatten mit unserer Vermuthung, daß wegen aller vorbereiteten Vergnügungen wohl sehr wenig Zeit zu den Verhandlungen übrig bleiben würde, beweist uns, daß man über mehrere vom Standpunkte der Innungsmeister wichtige Punkte gar keine Beschlüsse faßte und eine ganze Reihe gestellter Anträge vertagte; bis — zum nächsten Verbandstage, der in der „gemüthlichen Reichshauptstadt Sachsens" stattfinden soll. Eigentlich haben die Herren Delegirten in Köln, außer den Korso- und Rheinfahrten und „Reinfällen", für die schweren Delegationskosten, zu denen auch mancher kleine „Knabber" bezahlen muß, verdammt wenig geleistet.

Ueber eine Frage, die schon seit Jahren in den Köpfen der Innungsmeister und in ihrem Verbandsorgan gespukt hat, nämlich die Feuerversicherung, ist des Langen und Breiten geredet worden. Natürlich wird eine solche gegründet, denn vorausgesetzt, sie sei billiger als die der Aktiengesellschaften (süddeutsche Börsendemokraten?) aber ein Kapital von M. 300 000 und eine Versicherungssumme von drei Millionen Mark muß vorhanden sein, bis dahin sei das Statut soweit genehmigt.

Rings-Köln glaubt, daß „die Beschaffung des Garantiefonds schwierig sein werde." Wir auch, denn nach den Klagen der Herren zu urtheilen, sind sie Alle so arm wie die Kirchenmäuse.

Bezüglich des Sonntagsunterrichts in den Fachschulen hat „leider" der Reichstag mit großer Majorität die Ausnahmebestimmungen, die bisher den Sonntagsunterricht in den Fachschulen ohne Beschränkung gestatteten, abgelehnt. „Der Tischlertag hat sich demgegenüber für die Nothwendigkeit der Forterhaltung des Sonntagsunterrichts auszusprechen," so heißt es recht elegisch und verbittert in dem uns vorliegenden Bericht. Natürlich ist es nach der Meinung der Herren Innungsmeister boshaft vom Reichstage gehandelt, daß er durch sein Votum den die ganze Woche hindurch geschundenen Lehrjungen den Sonntag Vormittag freigeben und deren unschätzbare Arbeitskraft den armen Innungsmeistern auf eine, höchstens zwei Stunden am Arbeitstage entziehen will. Grausam, unerhört niederträchtig ist es, die Stützen von Thron und Altar so zu behandeln! Aber Rache ist süß; sie werden um Beibehaltung des Sonntagsunterrichts petitioniren, noch länger wie um den Befähigungsnachweis, so lange, bis sie erhört, nein, bis sie schwarz werden. Sie werden den Reichstag in der nächsten Session mit dem Befähigungsnachweis, vulgo Organisation des Handwerks, verschonen müssen, denn dieser hat keine Zeit, die Lamentos der meistertitelhungerigen Innungsmeister anzuhören, aber den Sonntagszeichnenunterricht für ihre Lehrlinge muß er noch den kommenden Winter freigeben, sonst geht das Geschäft zu Grunde; der Reichstag muß! oder die Stützen von Thron und Altar gehen — zu den Sozialdemokraten.

Eine Zunahme von Mitgliedern hat der Tischlerinnungsverband auch zu verzeichnen; seit 1892 sind ihrer ganze 250 mehr geworden. Ihre Zahl beträgt jetzt 6522. Der Kassenbestand in Baar und Werthpapieren weist die ganz respektable Summe von M. 1494,54 auf, von welcher sie allerdings, daß räumen wir ein, für die Miterhaltung der Magdeburger Tischlerfachschule nichts bewilligen können. Diese Schule sollte nämlich laut einem Antrage zu einer Verbandsfachschule erhoben werden, aber sintemalen durch Annahme dieses Antrages der Verband verpflichtet wäre, die Verbandsfachschule auch pekuniär zu unterstützen, und siehe da, der Mann, der so viel über die Nothwendigkeit der Lehrlingsausbildung zu tüchtigen Gesellen geredet hat, der Rings aus Köln, fragt, ob dazu auch Geld vorhanden ist, und da der oben genannte Kassenbestand, wohl zu einem Katerfrühstück für die anwesenden Delegirten und Gäste ausgereicht haben würde, zur Unterstützung einer Verbandsfachschule aber nicht genügend erschien, so nehmen wir zur Entschuldigung des Herrn Rings an, so sei er gegen den Antrag. Schließlich wurde aber doch ein Antrag mit dem Zusatz angenommen, daß der Verband keine finanziellen Verpflichtungen dabei übernimmt. Auch ein Antrag, die für Herausgabe des Leitfadens ausgesetzte Prämie der Magdeburger Verbandsfachschule zu überweisen, gelangte zur Annahme.

So ist's recht! Wasch mir den Pelz, Peter, aber mach ihn nicht naß! Großtozig eine Schule, die ohne die Köthner und sonstigen Innungsmeister sehr gut prosperirte, dies auch für die Folge könnte, zur Verbandsfachschule zu machen, aber für ihre Unterhaltung und Ausbreitung nichts thun, das sieht unseren großschnautzigen Tischlerinnungsmeistern ähnlich. Daher kommt es denn wohl auch, daß die Agitation unter den dem Verbande noch nicht angehörigen Innungen gar keine Fortschritte machen will. Die Innungen geben in den meisten Fällen, wie der Bericht sagt, „gar keine Antwort, wenn sie zum Beitritt aufgefordert werden." Das scheint uns sehr natürlich. Sollten die Mitglieder der Innungen kleinerer Städte (denn solche werden nur gemeint sein) nicht oft genug von der unproduktiven Arbeit der großstädtischen Innungskampfhähne und den Kosten, welche die alljährlichen Vergnügungsreisen der Hauptmatadore, die in der Regel auch zu leben verstehen, und zu denen die dem Verbande angehörenden Innungen bezw. Mitglieder ihr schweres Geld blechen müssen, gehört haben?

Wenn sie auch diesmal hören, daß den Herren die Korsofahrt nach Deutz und die Festbälle so außerordentlich gut bekommen sind, daß sich der Vorsitzende am Dienstag Vormittag 10 Uhr genöthigt sah, die Verhandlungen bei fast leeren Bänken zu beginnen, na, dann wird's mit dem Beitritt erst recht hapern! Nun zur Verbandszeitung! Die Günther'sche „Tischlerzeitung" muß wohl so einen kleinen Wink mit dem Zaunpfahl bekommen haben, daß sie, wahrscheinlich zum Dank dafür, daß sie sich für den Befähigungsnachweis und Meistertitel so gewaltig in's Zeug legte und die Redakteure sich dieserhalb die Finger wund geschrieben haben, abgesägt werden sollte, denn sie flehte, Angesichts des auch anwesenden Redakteurs der „Allgemeinen Handwerkerzeitung", um Gnade, und bot dem Bundesvorstand eine jährliche Unterstützung für die Verbandskasse von M. 800, wenn sie auch fernerhin das offizielle Organ bleiben soll. Der Redakteur der „Handwerkerzeitung" als Konkurrent bot auch M. 800. Wer bietet mehr? Wahrhaftig, der reine Kuhhandel! Aber nun Spaß bei Seite. Wir gratuliren der immer so „muthigen" Günther'schen „Deutschen Tischlerzeitung zu ihrem errungenen (?) Siege; aber sie muß nun auch lieb Kind sein, sonst wird sie im nächsten Jahre abgesägt und fliegt in die Rumpelkammer, wohin sie schon längst gehörte und wohin sie wahrscheinlich auch die „politische" „Handerwerkerzeitung", Organ des mehrfachen Innungs- und Bildformermeisters, des grrroßen Biehl, die nicht besser ist, gewünscht hätte; denn sintemalen im Kampf um's Dasein hört selbst zwischen Innungsorganen die Freundschaft auf. Mit diesem Akt war das große Schauspiel in Köln zu Ende; in Dresden wird es sich im nächsten Jahre wiederholen. Herrliche „Tage" für die Innungsschauspieler und Matadore.

Sozialpolitische Rundschau.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Frankfurt a. M. statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung hiermit den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 21. Oktober,

nach **Frankfurt a. M.** in das Lokal zur **„Weißen Lilie", Bergerstraße 273.**

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 21. Oktober, Abends 7 Uhr, Vorversammlung, Konstituirung des Parteitages, Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 22. Oktober, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
   Berichterstatter: A. Gerisch.
2. Bericht der Kontroleure.
   Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
   Berichterstatter: R. Fischer.
4. Die Maifeier 1895.
   Berichterstatter: C. Reist.
5. Agrarfrage und Sozialdemokratie.
   Berichterstatter: Dr. B. Schoenlank und G. v. Vollmar.
6. Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirthschaftlichen Entwickelung.
   Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl der Parteileitung.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Insbesondere die Wahl der Delegirten und Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen bis spätestens 10. Oktober in den Händen des Parteivorstandes

Berlin SW., Kochstraße 9,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts" veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, sollen sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen.

Die Bekanntgabe der Adresse des Lokalcomités in Frankfurt a. M. erfolgt später.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau Berlin SW., Kochstraße 9, zu beziehen.

Berlin, den 19. August 1894.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Ein vernünftiges Urtheil über die Sozialdemokratie fällt in den „Grenzboten" der konservative Schriftsteller Karl Jentsch. Er sagt: „Von der sozialdemokratischen Partei brauchen wir nichts zu sagen. Sie erweist der gegenwärtigen Gesellschaft den Dienst des unbestechlichen Kritikers. Die Zukunft vorbereiten hilft sie nicht blos, indem sie die Uebel aufdeckt, ehe sie unheilber geworden sind, sondern auch, indem sie die Massen der Aermeren zum Nachdenken, zur Selbstbeherrschung, zum gemeinsamen Handeln, also für das politische und Gemeindeleben erzieht, eine Erziehung, die weit verdienstlicher ist, als die sogenannte „sittlich-religiöse" zum blinden Gehorsam, vorausgesetzt, daß wir weder eine Hammelheerde noch ein Theater von Drahtpuppen, noch ein Gesindel von Sklaven, sondern ein Volk von Männern sein und bleiben wollen

Es ist eingetreten, was man für unglaublich gehalten hat. Die Auflösung der sozialdemokratischen Partei in Chemnitz ist nunmehr vom Ministerium des Innern, an das sich der Vertrauensmann Irmscher, nachdem er von der Kreishauptmannschaft Zwickau abgewiesen war, beschwerdeführend gewandt hatte, bestätigt worden. Die Antwort des Ministeriums hat folgenden Wortlaut:

Abschrift.

Königlich Sächsisches Ministerium
des Innern.

Eingeg. 29. Juli 1894.

Das Ministerium des Innern hat auf die von der Kreishauptmannschaft Zwickau mittelst Vortragsbeschlusses vom 16./23. d. M. (4557. III) vorgelegte Beschwerde des Schankwirths Bruno Irmscher in Chemnitz gegen die Entscheidung Blatt 9 der Lage 25 der Akten Rep. III. Nr. 318 Band III des Polizeiamtes Chemnitz nichts zu verfügen gefunden.

Da diese von der Kreishauptmannschaft in zweiter Instanz ertheilte Entscheidung nach § 32 des Gesetzes vom 21. April 1873, die Organisation der Behörden für den inneren Verwaltungsdienst betreffend, endgültig ist, würde auf deren Aufhebung oder Abänderung nur dann zuzukommen sein, wenn dieselbe im Widerspruch stünde mit dem Akteninhalte oder mit gesetzlichen Bestimmungen. Daß und beziehentlich inwiefern dies der Fall sein soll, ist vom Beschwerdeführer selbst nicht behauptet worden und auch das Ministerium hat nach Prüfung der gesammten Unterlagen einen derartigen Verstoß nicht zu finden vermocht. Wenn insbesondere die Vorinstanzen davon ausgegangen sind, daß unter Leitung Irmscher's eine Vereinigung von Personen bestehe, welche ihrem Wesen und Zweck nach sich als ein Verein im Sinne von § 19 des Gesetzes vom 22. November 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, darstellt, so muß das Ministerium im Hinblick auf das, was in dieser Hinsicht thatsächlich festgestellt worden ist, Anstand nehmen, dieser Auffassung entgegen zu treten.

Die Kreishauptmannschaft, an welche die Vortragsbeilagen im Anschlusse zurückgelangen, wolle für entsprechende Bescheidung Irmscher's besorgt sein.

Dresden, den 24. Juli 1894.

Ministerium des Innern.
(gez.) von Metzsch.

An die Kreishauptmannschaft Zwickau.

Somit bleibt es also bei der Auflösung.

Die Chemnitzer Parteigenossen werden ihre Schuldigkeit auch nach der Auflösung thun, sie werden Mittel und Wege finden, die zu uns stehenden Massen auch ferner zusammen zu halten.

Nicht allein in Sachsen macht man in Auflösungen von Vereinen, auch in Schlesien hat man's abgeguckt. Dort hat die Behörde die Organisation der oberschlesischen Bergleute aufgelöst. Der Rechtsanwalt Pohl in Gleiwitz hat hiergegen Beschwerde eingelegt.

Eine rühmliche Thätigkeit entfaltet die badische Fabrikinspektion, sie veranlaßt gegenwärtig bei Arbeitgebern und Nehmern Erhebungen hinsichtlich der Wahrnehmungen, die in Bezug auf die Durchführung und die Wirkungen der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen (§ 137 der Gew.-Ord.) bis jetzt gemacht worden sind: ob diese Beschränkung insbesondere zu Entlassungen von Arbeiterinnen geführt und auf die Löhne und die Arbeitsleistung der Arbeiterinnen einen Einfluß ausgeübt hat. Ferner soll ermittelt werden, ob die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen die Arbeitszeit und die Löhne der männlichen Arbeiter beeinflußt hat, in welchem Umfange Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen besorgen, den Antrag gestellt haben, eine halbe Stunde vor der Mittagspause entlassen zu werden (§ 137 Abs. 4), und ob Fälle bekannt geworden sind, in welchen den Arbeiterinnen aus der Stellung des Antrages Nachtheile erwachsen sind, oder in welchen die Arbeiterinnen aus Besorgniß vor Nachtheilen die Stellung des Antrages unterlassen haben?

Eile mit Weile. Die Errichtung von Arbeitsämtern wird in mehreren Handelskammerberichten empfohlen. Dieselben sollen auch die Vermittelung eines Arbeitsnachweises zu bewirken haben. Wie die Berichte melden, soll die Reichsverwaltung dem Vorhaben wohlwollend gegenüber stehen.

Wir sind überzeugt, daß die Regierung es mit der Durchführung dieser Pläne nicht gar so eilig haben wird.

Schon vor zehn Jahren hat die sozialdemokratische Partei im Reichstage die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises und die Errichtung von Arbeitsämtern beantragt. Natürlich fällt es der bürgerlichen Presse garnicht ein, dieser Thatsache Erwähnung zu thun; sie tischen ihren Lesern die Arbeitsämter als eine funkelnagelneue Erfindung auf.

Staatliche Musterunfälle. Bekanntlich dürfen Unfallrenten nach § 66 des Unfallversicherungsgesetzes weder verpfändet noch auf Dritte übertragen werden. Trotzdem hat die Eisenbahndirektion Erfurt — die Stelle der Berufsgenossenschaften versehen bekanntlich im Reiche des Herrn Thielen die Eisenbahndirektionen — von der Rente, die ein in ihrem Betriebe verunglückter Arbeiter zu erhalten hat, monatlich M. 4 für sich abgezogen, um eine Forderung zu decken, die ihr gegen den Arbeiter (Erstattung von Anwaltsgebühren) zusteht. Dies Verfahren ist, wenn nicht durch den Wortlaut des Gesetzes, so jedenfalls dem Sinn des Gesetzes widersprechend. Der betroffene Arbeiter hat Beschwerde eingelegt. Wie wird der Leiter des „staatlichen Musterbetriebes" entscheiden?

Den Stein der Weisen, d. h. ein Mittel zur Bekämpfung der Vagabunden zu finden, ist den Behörden in Süddeutschland versagt. Man höre: Zur besseren Handhabung der polizeilichen Kontrole bei Bekämpfung der Vagabunden ist jetzt in mehreren Amtsbezirken der Ausschank von Branntwein und sonstigen Getränken nach dem sog. großen Maß an Fremde, d. h. nicht im Bezirk ansässige Personen verboten. So lange man den „Vagabunden" nicht das „große Maß" Arbeitslosigkeit und schlechter Verdienste nimmt, werden dergleichen Mittel fruchtlos bleiben.

Unzureichende Arbeitslöhne. Der Direktor des Etablissements „Industrie" in Hamm bezieht, der „Niederrheinischen Volkstribüne" zufolge 15 000 Thaler Jahresgehalt, während den Arbeitern kürzlich eine allgemeine Lohnreduktion angekündigt wurde, die bei manchen bis zu 25 pCt. beträgt. „Das Werk könne sonst nicht konkurriren", so lautete die Begründung dieser Maßregel, (siehe Artikel: „Arbeitereinkommen", in heutiger Nummer) worin amtlicherseits festgestellt wird, daß Arbeiter bei M. 300 in demselben Orte noch ein annehmliches Leben führen können. Wie reimt sich das mit den M. 45 000 zusammen?

Nothleidende Landwirthe. Einem Bericht über die letzte Generalversammlung der Demminer Zuckerfabrik am 2. August entnehmen wir, daß die Fabrik im abgelaufenen Geschäftsjahr bei einem Aktienkapital von M. 750 000 einen Reingewinn von M. 376 473,50 erzielt hat. Zu Abschreibungen sind M. 47 551,90 bestimmt, die statutenmäßige Tantième des Aufsichtsraths und Vorstandes beträgt M. 57 561,53, auf das Aktienkapital von M. 750 000 wird eine Dividende von 20 pCt., in Summa von M. 150 000 vertheilt; zur Zahlung von Gratifikationen werden M. 500 bewilligt. — Die arme „nothleidende" Landwirthschaft, die sich kümmerlich vom Rübenbau ernähren muß, ist wirklich zu bedauern!

Eine ebenso schamlose Kreatur, wie man solche in Zürich unter den Tischlermeistern finden kann, ist die Redaktion der „Wiener Möbelhalle". In dieser Zeitschrift finden wir einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein neuer Tischlerstreik in Sicht", der zum Herbst von den „Führern" geplant sein soll und zu dem die Meister rechtzeitig Stellung nehmen müßten. Ob wirklich ein Streik in Sicht ist, wissen wir nicht. Aus den uns zu Gesicht gekommenen österreichischen Zeitungen haben wir keinen herausfinden können, höchst wahrscheinlich spukt ein solcher nur im Gehirn des schreiblustigen, sich bei den Meistern beliebt machen wollenden Redakteurs obiger Zeitschrift. Ob Streik in Sicht oder nicht, das soll uns vor der Hand nicht kratzen. Was uns bestimmt, mit der obigen Zeitung, die wir bisher für eine recht anständige gehalten haben, ein Wort zu sprechen, ist die ganz schofle, hundsgemeine, niederträchtige Art und Weise, mit welcher sie die Gesellen sowohl bei der Meisterschaft als auch beim Publikum in Mißkredit und schlechten Ruf zu bringen sucht. Dazu hatte die „Wiener Möbelhalle" gar keine Veranlassung; wenn die Verhältnisse wirklich derartig schlimm für die dortigen Tischlermeister aussehen, so halten wir diese für selbstständig genug. Mittel zur Abhülfe und Abwehr zu finden, ohne daß sich die Redaktion der „Möbelhalle" diesen als Vormund aufzudrängen nöthig hätte. Das beweist uns der Beschluß vom 25. April d. J., der jedenfalls ohne die Redaktion zu Wege gebracht wurde, und der, daran zweifeln wir auch nicht, gegebenenfalls zur Ausführung käme.

Warum ist es denn „jetzt an der Zeit, verehrte Redaktion, daß die Meister das bisherige humane Vorgehen der Gehülfenschaft gegenüber aufgeben und sich schärferer Waffen bedienen, als es bis jetzt gebräuchlich war?" Hat etwa der ganz minimale, nur theilweise Sieg der Gehülfenschaft in diesem Jahre die Aufgabe des humanen Vorgehens erforderlich gemacht? Wir sind der Meinung, daß sich die Inhumanität der Wiener Tischlermeister niemals mehr als nach Beendigung des verflossenen Streiks gegen die Gehülfen gezeigt hat. Aussperrungen und Aushungerung derselben ist von vor Monaten bis heute in Wien noch an der Tagesordnung und da empfiehlt die „Möbelhalle", noch brutaler zu sein! Sie, die liebedienerische Redaktion der „Wiener Möbelhalle" nämlich, hat den von uns in Nr. 33 erwähnten Bericht aus der „Neuen Züricher Zeitung", die Boykottirung der Züricher Schreinergehülfen, auch gelesen, und hat nun nicht Eiligeres zu thun, als den armen Wiener Tischlermeistern diese im Mist gefundene Perle, genannt Schuftigkeit, zu präsentiren. Sie vergißt auch nicht, rühmend hervorzuheben, daß die Handlungen und Vorschläge des Herrn Fritschi, die „schwarze Liste" sei das einzige Mittel, um die Streiker auszuhungern, durch ein begeistertes „Hoch" geehrt worden sind.

Daß den Wiener Tischlermeistern Streik, Boykott, Aussperrung, Aushungerung mittelst schwarzer Listen bekannte Dinge sind, daran dürfte die „Wiener Möbelhalle" wohl auch nicht zweifeln, und daß die Meister sich darein zu finden und die letzteren Punkte auch „meisterhaft" auszuführen verstehen, dürfte derselben Redaktion auch nicht unbekannt sein; aber was zum Teufel konnte die Redaktion der „Wiener Möbelhalle" sonst veranlassen, Folgendes zu empfehlen:

„Warum führt die Wiener Genossenschaft nicht auch „schwarze Listen" ein? Wir und jedes andere dem Gewerbestande aufrichtig angethane Blatt würden gerne diese schwarzen Listen zum Abdruck bringen. . . ."

Nun, die Antwort ist leicht, die Veranlassung konnte nur die sein, **sich der Arbeiterschaft und auch gewiß einem großen Theile der Bürgerschaft in ihrer ganzen Schuftigkeit zu zeigen.**

Aus der Schweiz. Eine Volksabstimmung über vier Referendumsvorlagen hat ein nicht unerfreuliches Resultat geliefert. Das Arbeiterinnenschutzgesetz ist mit 45 818 Ja gegen 12 454 Nein angenommen worden, d. h. die Zahl der annehmenden Stimmen ist beinahe viermal so groß, als die Zahl der Verwerfenden. Wie günstig dieses Abstimmungsergebniß ist, zeigt ein Vergleich mit der am 21. Oktober 1877 stattgefundenen Volksabstimmung über das eidgenössische Fabrikgesetz. Dasselbe wurde mit 181 204 Ja gegen 170 857 Nein, also mit der relativ geringen Mehrheit von rund 10 000 Stimmen angenommen. Das Fabrikgesetz brachte aber nur den Elfstundentag, während das Züricher Arbeiterinnenschutzgesetz den Zehnstundentag bringt. Allerdings hatte das Fabrikgesetz eine andere Bedeutung, da es das erste einschneidende Bundesgesetz zum Schutze der Fabrikarbeiter war und für beide Geschlechter galt. Ferner waren damals die sozialpolitischen Ideen viel weniger im Volke verbreitet als heute, und es fand überdies das ganze Ausland ohne jede derartige Gesetzgebung da. Im Jahre 1877 kämpfte die gesammte Unternehmerpresse mit wahrer Wuth gegen das Fabrikgesetz, die schrecklichsten Prophezeiungen über den Untergang der Industrie und die neuen Vögte ausstoßend und die Arbeiter beschwörend, als Schweizerbürger, als freie Männer, die „Freiheit der Arbeit" zu vertheidigen und sich nicht verbieten zu lassen, täglich 15 Stunden zu arbeiten. Daß dennoch das Fabrikgesetz angenommen wurde, war in der That ein großer Erfolg und wir wissen längst, daß alle die demagogischen Schwindelprophezeiungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Gegen das Züricher Arbeiterinnenschutzgesetz haben nur einige obskure Bezirksblätter opponirt, und nun das überwältigende Stimmenergebniß! Man kann es einen glänzenden Sieg der ersten Sozialreform nennen, mit dem das Eis gebrochen ist, welches als fast unüberwindliches Hinderniß für weitere sozialpolitische Fortschritte angesehen wurde. Opponirte doch vor zwei Jahren der Bundesrath einer Revision des Fabrikgesetzes im Sinne der Einführung des Zehnstundentages mit dem Hinweis auf die feindlichen Strömungen in der Bauernschaft. Das Züricher Arbeiterinnenschutzgesetz ist das erste Gesetz auf dem Kontinent, das den Zehn- resp. für die Vorabende von Sonn- und Festtagen den Neunstundentag festsetzt und eine ganze Anzahl Garantien für seine wirkungsvolle Durchführung enthält.

Bedeutungsvoll ist ferner die Ablehnung der aus bildungsfeindlichen Gesinnungen der Bauernbündler hervorgegangenen Initiative für Abschaffung der Lehrer- bezw. Pensionen. Sie wurde mit 35 644 Nein gegen 22 969 Ja abgelehnt und damit die Reaktion entschieden zurückgewiesen. Der Fortschritt hat über den Rückschritt gesiegt. Das revidirte Gesetz, betr. Behandlung der Volksinitiative, fand mit 41 638 Ja gegen 13 593 Nein Annahme.

Einen bedeutungsvollen Sieg hat aber die Reaktion der Bauernbündler und anderer Politiker doch errungen, nämlich mit der Annahme der Initiative, wonach die Ausländer bei Bestimmung der Zahl der Landtags-Vertreter (Kantonsräthe) nicht mehr zählen sollen. Die Initiative wurde mit 32 730 Ja gegen 25 895 Nein angenommen. 15 Kantonsräthe werden in Folge dieses Beschlusses künftighin weniger zu wählen sein und der Ausfall wird von den Arbeitern und Demokraten getragen werden müssen, denn die Möglichkeit, daß Arbeiter, die der Schweiz jedenfalls nützlicher wie Rentiers und sonstige Nichtsthuer sind, sich einkaufen, d. h. Schweizer Bürger werden können, ist ausgeschlossen.

In dem bekannten Krawallprozeß gegen Genossen Dr. Wassilieff ist die Anklage wegen Anstiftung zum Aufruhr fallen gelassen, dagegen ist er schuldig erklärt der Anstiftung zur Befreiung aus dem Käfigthurm. Das Urtheil lautet auf drei Monate Gefängniß abzüglich 80 Tage ausgestandener Haft, sodaß er noch 10 Tage abzusitzen hat. Ferner hat er für die Kassation 400 Franks Prozeßkosten zu zahlen. Ist die Strafe auch wesentlich geringer als das erste Mal, ein Justizmord bleibt es trotzdem.

---

55 000 Arbeiter brotlos! In Nelson, in Barrowford und in Colne (England) haben eine Anzahl Kattunfabriken, welche im ganzen 15 000 Stühle besitzen, ihren Betrieb bis Montag über acht Tage eingestellt. Nächste Woche werden ihnen weitere 40 000 nachfolgen. Seit Jahren hat die Industrie in Nordost-Lancashire nicht so darniedergelegen.

Aus Chicago. Nach einer Newyorker Mittheilung herrscht unter den von Pullman entlassenen Arbeitern das größte Elend. Seit drei Monaten haben an 6000 Personen von der öffentlichen Mildthätigkeit gelebt, jedoch kann der Hunger auf die Dauer nicht mehr gestillt werden. Aus diesem Grunde hat der bekannte Gouverneur von Illinois, Altgeld, einen Aufruf an das Volk des Staates erlassen, die nothleidenden früheren Streiker der Pullman'schen Fabrik zu unterstützen. Der Gouverneur hat sich persönlich von dem bestehenden Nothstande überzeugt. Seit drei Monaten hätten die Armen nicht gewußt, woein noch woaus, wenn mildthätige Personen sich nicht ihrer angenommen hätten. Der Gouverneur hat ein Schreiben an Mr. Pullman gerichtet, in welchem es u. A. heißt: „Es scheint mir, daß Ihre Gesellschaft es nicht dulden sollte, daß ich die Mildthätigkeit der Bewohner unseres Staates anrufe, um das Leben Ihrer früheren Angestellten zu erhalten." Herr Pullman erwiderte darauf: „Die alten Leute weigerten sich, zur Arbeit zurückzukehren, als man sie ihnen anbot. Jetzt sind ihre Stellen von neuen Leuten besetzt worden und ist weiter kein Bedarf nach Arbeitskräften da." Der Gouverneur erwiderte: „Ich sehe, daß Ihre Gesellschaft keine Hand rühren will, die Lage zu mildern. Deshalb bin ich gezwungen, mich an das Volk zu wenden."

Pullman befindet sich gegenwärtig in Europa und sucht einen Fürsten zum Schwiegersohn. Wenn aus der Ehe legitime Pullman's entsprossen sollen, ist es nach amerikanischem Recht erforderlich, daß die bürgerliche Hälfte vorher geadelt wird. Hoffentlich findet sich in Deutschland ein Individuum, das der Tochter des amerikanischen Geldprotzen für blanke Münze zum „Adel" verhelfen kann. In Amerika konnte der Geldprotz Pullman seinen Arbeitern nicht einmal einen Lohn zahlen, der vor Hunger schützte, angeblich, weil er bei der schlechten Geschäftszeit nichts verdiene, und hier in Europa, speziell in der Stadt Bayreuth, woselbst seine Tochter ein Schloß mit 64 möblirten Zimmern für sich und ihren Hofstaat gemiethet hat, täglich zirka M. 10 000 verpulvert, merkt man freilich von Pullman's schlechten Zeiten nichts. Hier werden die aus dem Schweiße der Pullman'schen Arbeiter herausgepreßten Dollars verpulvert, und dort in Chicago muß der Staat an die Mildthätigkeit des Volkes für die verhungerten, ausgemergelten früheren Arbeiter Pullman's appelliren.

Wann wird dem schandbaren kapitalistischen Protzenthum das räuberische und menschenmordende Handwerk gelegt werden?

Die Kinder armer Eltern bleiben im Körpergewicht zurück gegenüber den Kindern der reicheren Bevölkerungsklassen. Zu diesem Resultat gelangte der amerikanische Gelehrte William Townsend Porter in St. Louis, der Untersuchungen anstellte über das Wachsthum der Kinder von St. Louis. Er fand, daß in allen Altersklassen vom 6. bis 18. Jahre die Töchter der Kaufleute und Berufsklassen von höherer Bildung ein größeres Körpergewicht aufwiesen, als die Töchter der Handwerker und der gewöhnlichen Arbeiter. Es zeigt sich also auch hier wieder, daß Armuth und Mangel das Wachsthum und Gedeihen der heranwachsenden Jugend beeinträchtigen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Güstrow. Achtung, Metall- und Holzarbeiter! Der Streik dauert unverändert fort. In der „Güstrower Ztg." wird lügenhafterweise das Gegentheil verbreitet. Wir ersuchen, den Zuzug fernzuhalten. Anfragen sind zu richten an H. Grapentin, Adresse: C. Kuden, „Stadt Schwerin", Hagebökerstraße. Der Kampf, welcher hier zwischen Kapital und Arbeit tobt, ist, wie vorauszusehen, ein sehr hartnäckiger. Einerseits das schamlose Ausbeuterthum, dem kein Mittel zu schlecht, um es gegen die Aus-

ständigen anzuwenden, andererseits die ziel- und klassenbewußten Arbeiter, welche gewillt sind, auch das schwerste Opfer in diesem Kampfe zu tragen, das ist die Signatur des Kampfes. Eine Szene, wie sie sich gestern auf dem hiesigen Bahnhofe abspielte, hat unser Mecklenburg noch nie erlebt. Mit dem $5^1/_2$ Uhr-Zuge trafen von Berlin 28 Mann unter Begleitung des Direktors Franke und des Obermeisters Hoshansel hier ein, zu deren Empfang die Arbeiter der Fabrik, welche noch dort in Arbeit sind, zwei Gensdarmen, sowie die ganze hiesige Polizei aufgeboten waren! Doch die Liebesmüh war vergebens: die Berliner, einsehend, daß sie betrogen waren, erklärten sich sofort mit den Streikenden solidarisch, Herr Franke mußte die Machtlosigkeit des Geldsacks gegenüber zielbewußten Arbeitern einsehen. Im Ganzen kämpfen 26 Verheirathete mit 109 Kindern und 40 Ledige. Wohl selten sympathisirt die gesammte Einwohnerschaft einer Stadt mit den Streikenden so sehr, wie in diesem Falle. Sogar der Bürgermeister und der Gewerbe-Inspektor für Mecklenburg, im Verein mit noch mehreren angesehenen Bürgern, haben sich veranlaßt gesehen, in die „Güstrower Zeitung" eine Erklärung einzurücken, „daß die Fabrikleitung unter allen Umständen verpflichtet sei, mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten, weil die Forderungen als berechtigt anzuerkennen seien." Den Worten dieser Herren, daß der Einwohnerschaft das Wohl und Wehe von 300 Arbeitern mindestens eben so sehr am Herzen liegt, wie das eines auswärtigen Unternehmers, darf unsere Anerkennung nicht versagt werden. Das Anerbieten der Herren, daß sie jederzeit bereit seien, auch einzeln, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, ist von den Arbeitern angenommen, und dem Bürgermeister diese Rolle übertragen. Von Erfolg ist bisher noch keine Rede und wird wohl auch in nächster Zeit, wenn der Direktor seine protzige Haltung bewahrt, noch nicht sein können. Bis jetzt ist es noch geglückt, Zuzug fernzuhalten; in Betreff der noch Angeworbenen richten wir aber an diese die Mahnung, den ihnen gemachten Versprechungen nicht zu glauben. Löhne von 40 bis 60 ₰ pro Stunde existiren in Güstrow nicht. Die dortigen Arbeiter sind froh, wenn sie auf die Hälfte kommen. Und ein Ausstand wegen Lohndifferenzen ist der Güstrower Streik nicht, denn ein solcher wäre wegen der allgemeinen Geschäftsflaue von vornherein als verloren zu betrachten gewesen, — nur eine Abwehr auf die Angriffe auf das Koalitionsrecht liegt ihm zu Grunde. Deshalb richten wir an alle Auswärtigen das Ersuchen, ihrer Solidarität eingedenk zu sein und namentlich den Zuzug von Metall- und Holzarbeitern nach hier fernzuhalten.

Arnstadt. Lange ist von hier kein Bericht mehr gekommen, und da sich die hiesigen Verhältnisse eher verschlechtert, als verbessert haben, so wird wohl ein Appell an die Kollegen resp. Indifferenten sehr angebracht sein. Es ist ja bedauerlich und gereicht den Kollegen gewiß nicht zur Ehre, wenn man denselben Flauheit und Interesselosigkeit vorwerfen muß, denn auf den Standpunkt werden sich dieselben doch nicht stellen können, daß sie sich sagen, die hiesigen Verhältnisse wären so idyllisch und zufriedenstellend, daß man die Arme ruhig in den Schooß legen könnte. Zum Beweis sei hier ein Fall angeführt, der für die hiesigen Verhältnisse bezeichnend ist. Der Meister C. Hildebrand, „rühmlichst" bekannt als Lehrlingszüchter, der seinen Arbeitern nicht mal eine angemessene Frühstückszeit gönnt, tritt eines Morgens in die Werkstatt und meint, da die Arbeiter gerade beim Frühstück waren, im Brustton der Ueberzeugung: „Nun, das wird ja immer toller, das Frühstücken nimmt ja gar kein Ende" usw., und dabei saßen dieselben erst eine Viertelstunde. Also Kollegen, wie Ihr seht, sogar Eure Mußestunden werden Euch von einem profitgierigen Krauter verleidet und deshalb eben rufen wir Euch zu: Rafft Euch auf zu neuer Energie, denn Gleichgültigkeit und Flauheit sind eines Mannes unwürdig, kommt in Zukunft mehr in die Versammlungen und haltet die in denselben angenommenen Beschlüsse und führt sie pünktlich aus. Also nochmals, Kollegen, beherzigt diese Worte und tretet für Eure Organisation ein, denn vereinzelt sind wir Nichts, vereint Alles.

Schmölln. Am 14. August fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Lage der Holz- und Knopfarbeiter, und wie ist dieselbe zu bessern? wozu Genosse Schulz aus Jena das Referat übernommen hatte. Derselbe bemerkte zunächst, daß er als einfacher Arbeiter den Anwesenden keinen hochwissenschaftlichen Vortrag halte, das sei auch nicht nothwendig, sondern er wolle nur klar legen, auf welchem Wege den Arbeitern zur Verbesserung ihrer Lage zu verhelfen sei. Der Referent ging zunächst auf die Entstehung der Gewerkschaftsorganisationen ein, schilderte die verschiedenen Organisationsformen, und den Streit um dieselben und betonte, daß, je größer eine Organisation, desto größer wäre auch ihre Macht, infolge dessen seien jetzt die Zentralorganisationen die beste Organisationsform, deshalb sollten sich die Steinnußknopfarbeiter dem in ihrem Berufe bestehenden Holzarbeiter-Verbande anschließen. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine hätten zwar stets behauptet, sie wären Diejenigen, welche den Arbeitern wirklich helfen, leider kann man von der Hülfe dieser Herren nichts verspüren, dem größten Theil der Arbeiter sei dies längst bekannt und sie hüten sich, dem Gewerkverein beizutreten. Wenn auch die Gewerkschaften das noch nicht erreicht hätten, was sie wünschten, so sei doch durch dieselbe schon sehr Vieles erreicht worden, was der Gewerkverein nicht von sich sagen könne. Der Referent bringt dann eine Statistik der Tischler in Erwägung, woraus sich ergiebt, daß eine Familie um anständig leben zu können M. 1800 gebraucht, welchen nur ein Einkommen von M. 900 gegenübersteht. Leider seien die Erwerbsverhältnisse der Arbeiter zum großen Theil noch viel schlechter. Die Folge sei Entbehrung. Schon die rapid fortschreitende Entwickelung der Technik mache es jedem Arbeiter zur Pflicht, sich zu organisiren. Vor Allem fordere er aber die Frauen auf, daß sie dahin streben, nicht billiger zu arbeiten wie der Mann, um ihm dadurch keine Konkurrenz zu machen; gerade die Frau, die für so billigen Lohn arbeiten müsse, sei in unzähligen Fällen genöthigt, wolle sie existiren, ihren Körper preiszugeben, sie habe alle Ursache, der Organisation beizutreten. Sodann habe er zu seinem größten Erstaunen erfahren, daß die Arbeiter auf das Groß 168 Stück machen müßten, da in der Schule gelehrt wird, daß ein Groß 144 Stück hat, so möchten doch die Herren die Rechenbücher umändern, auch sei es hier und da Sitte, zwei Groß Knöpfe zu nehmen, dann mache es 170 Stück per Groß. Wenn ein Arbeiter zwei Knöpfe mitnehme, würde er unzweifelhaft wegen Diebstahls bestraft, wie die That der Unternehmer genannt zu werden verdiene, müsse sich Jeder selbst ausdenken. Zum Schluß erklärt Redner, die Furcht, welche die Arbeiter vor den Unternehmern haben, halte sie sehr häufig von der Organisation fern, diese Furcht müßte überwunden werden. Dem ausbeuterischen Streben der Unternehmer kann die organisirte Arbeiterschaft wohl ein Paroli bieten, wenn alle sich dem Verbande anschließen. In der sehr lebhaften Debatte wurden die örtlichen Verhältnisse und das Gebahren der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen. Genosse Ziegeler kritisirte besonders das Verhalten des Knopffabrikanten Geisler, welcher alle Sozialdemokraten, nach seiner eigenen Aussage, auf's Pflaster werfen will. Kollege Voldix führte aus, daß nach der letzten Lohnstatistik der Durchschnittslohn am Orte M. 12 betrage, M. 6—7 Wochenverdienst sei keine Seltenheit. Im Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden auf, sich der Klassenlage bewußt zu werden und dem Holzarbeiter-Verbande beizutreten.

Küstrin. Am 18. August sprach Kollege H. Stolpe aus Grünberg über die Nothwendigkeit der Organisation. Leider war die Versammlung sehr schwach besucht. Redner schilderte ausführlich die mißliche Lage der Arbeiter im Allgemeinen und die der Holzarbeiter im Besonderen und ermahnte am Schlusse zu einigem Handeln und Anschluß an den Holzarbeiterverband. Nach einer recht lebhaften Diskussion erfolgte Schluß.

Eberbach. Herrlich muß es in dieser Neckarstadt sein! werden die Kollegen ausrufen, denn nach dem Schweigen der dortigen Kollegen zu urtheilen, muß es ihnen sehr gut gehen, im anderen Falle hätte man in unserem Verbandsorgan wohl mal ein Lebenszeichen von sich gegeben. Seit dem Bestehen unserer Zahlstelle haben wir es an Agitation nicht fehlen lassen, leider ist es uns nicht gelungen, die verheiratheten Kollegen für uns zu gewinnen, nur zwei gehören dem Verbande an. Diejenigen Kollegen, welche früher die Nothwendigkeit der Organisation so treffend hervorhoben, sie bekümmern sich jetzt garnicht mehr um uns, sie sind im Gegentheil sogar bemüht, die uns Fernstehenden zurückzuhalten. Die Arbeitszeit währt 12 Stunden und der Lohn für diese Zeit ist sehr gering, so daß von einem menschenwürdigen Leben garnicht gesprochen werden kann. Es ist angesichts dieser Thatsache zu bedauern, daß die Kollegen so gleichgültig sind und daß uns die früheren Mitkämpfer bei unserem Streben für eine bessere Existenz hinterlistig in den Rücken fallen. Wir rufen den uns fernstehenden, hauptsächlich den verheiratheten Kollegen zu: Schließt Euch unserer Zahlstelle an, schüttelt Eure Gleichgültigkeit ab, kämpft mit uns Schulter an Schulter für eine menschenwürdige Existenz; zu diesem Zwecke ist es nothwendig, daß wir vereinigt vorgehen, und diese Vereinigung ist uns möglich im Deutschen Holzarbeiter-Verbande. Darum nochmals, Kollegen, Freunde, erinnert Euch Eurer Pflicht, die Ihr Eurer Familie gegenüber übernommen habt; Ihr seid es ihr schuldig, die so traurigen Verhältnisse aufzubessern. Darum vorwärts, nur Einigkeit führt uns zum Ziel.

Röbel i. M. Hier im gelobten Obotritenlande, dem Lande mit dem symbolischen Ochsenkopfe im Wappen, scheinen nicht allein die Junker, sondern auch die Innungsmeister ihre Vorrechte haben zu wollen, indem sie meinen, die Gesellen hätten Sonntags umsonst zu arbeiten, wogegen wir jedoch protestiren. Unsere Arbeit hier am Orte dauert höchstens noch 6 Wochen, dann hat der Mohr seine Schuldigkeit gethan und kann gehen. Wir verlangen für die Sonntagsarbeit pro Stunde 15 ₰, gewiß eine bescheidene Forderung. Wir haben den Satz nach unserem Wochenlohn normirt. Derselbe beträgt pro Stunde 9 ₰. Die Arbeit soll 11 Stunden betragen, wird aber gewöhnlich ein bischen länger. Bei dem horrenden Lohne kann man sich keinen Zeitmesser anschaffen, und derjenige der Krauter geht immer auf den Profit ungefähr um eine Stunde normal. Das ist die Situation am Orte in kurzen Zügen. Nun zu den Chikanen. Der Sohn eines hiesigen Innungsmeisters Schröder, der sich rühmt, 6 Jahre in der Fremde gewesen zu sein, von der Kultur, wie sein Benehmen zeigt, aber blutwenig beleckt ist, verbot nämlich einem unserer Kollegen, der dort beschäftigt ist, die „Holzarbeiter-Zeitung" zu lesen, diese Zeit könne er lieber arbeiten, das sei gescheidter, als sich mit solchen Sachen abzugeben. Auf Grund dieser Zumuthung verlangte der Kollege seine Entlassung, worauf der Meister erklärte, sein Sohn habe nichts zu sagen, er sei Meister und habe der Geselle nur mit ihm zu thun. Das war ein Wasserstrahl auf die erhitzten Kopfnerven des hoffnungsvollen Söhnchens. Wenn der Meister noch sagte, er würde den Fall dem Innungsvorstand anzeigen, so kann uns das wenig kratzen. Die Kollegen am Orte haben sich solidarisch erklärt und das Weitere wird sich finden.

Nürnberg. In einer am Sonnabend im Contumazgarten abgehaltenen öffentlichen Bürsten- und Pinselmacherversammlung sprach Herr Dr. Görl über „Milzbrandvergiftung". In wohldurchdachtem Vortrage hielt Redner die große Gefahr, welche für Leben und Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Haare oder Borsten von am Milzbrand verendeten Thieren verarbeiten, bestehe, dar. Der Milzbrand komme am häufigsten bei Rindern und Schafen vor, die Bazillen vermehren sich sehr rasch; ist ein Körper nur von einer einzigen Bazille infizirt, so kann in zwei Stunden der ganze Organismus verseucht sein und hat dies, sofern nicht sogleich ärztliche Hülfe in Anspruch genommen wird, den Tod zur Folge. Das beste Mittel wäre, alles Rohmaterial einer Desinfektion zu unterziehen, denn bloßes Waschen tödtet den Bazillus nicht, im Gegentheil, es besteht dann eine um so größere Gefahr für Diejenigen, welche dies zu thun haben, da der Bazillus nur abgeschwemmt, aber nicht getödtet wird. Zur Desinfizirung verwende man Sublimat, Lysol oder Karbol. Das sicherste Mittel jedoch ist strömender Wasserdampf, welcher, richtig angewendet, den Bazillus tödtet. Infizirungen vermittelst kleiner Wunden können in 9 bis 14 Tagen tödtlich wirken; schlimmer ist die Uebertragung stark giftiger Bazillen durch die Haut, welche schon in 2 bis 3 Tagen tödten. Die Bazillen sind feine Stäbchen, von 0,003 bis 0,002 Millimeter Stärke, also mit dem bloßen Auge nicht sichtbar. Die Erkrankung macht sich durch Müdigkeit, Kopfschmerzen und Irrereden zuerst bemerkbar, an irgend einer Körperstelle zeigt sich ein röthlicher, stark juckender Flecken, der im Gegensatz zu einer gewöhnlichen Furunkel bald eine dunkle bezw. bläuliche Farbe annimmt. Inmitten zeigt sich kein weißes Flecken, sondern ein wässeriges Bläschen, das in graue Farbe übergeht. Wird an dem Bläschen gekratzt, so entfließt demselben ein scharfer Saft. Unter 600facher Vergrößerung brachte Herr Dr. Görl einige von ihm präparirte Milzbrandbazillen, welche derselbe gelegentlich einer Operation einer Arbeiterin entnahm, zur Veranschaulichung, desgleichen zwei Bücher mit Abbildungen vergrößerter Bazillen. Reicher Beifall lohnte Herrn Dr. Görl für seinen belehrenden Vortrag. Alle später noch gestellten Fragen wurden von demselben sehr gewissenhaft beantwort. Zum zweiten Punkt: „Welche Vorsichtsmaßregeln sind zu treffen, um den wiederholt vorkommenden Vergiftungen vorzubeugen?" besprach Kollege Dorn die in letzter Zeit hier und auswärts vorgekommenen Erkrankungen und Todesfälle, und betonte, daß nur durch ein diesbezügliches Gesetz eine gründliche Reform geschaffen werden könne. Eine lebhafte Debatte schloß sich an die Vorträge an. Von drei eingereichten Resolutionen gelangte nachstehende zur Annahme: „Die heute im Contumazgarten tagende öffentliche Versammlung der in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschließt in der Erwägung, daß seit einer Reihe von Jahren wiederholt Erkrankungen durch Milzbrandvergiftung und selbst Todesfälle vorgekommen sind, an den Magistrat als Sanitätsbehörde die Aufforderung zu richten, schleunigst Schritte zu unternehmen und an kompetenter Stelle dahin zu wirken, daß durch Gesetz entweder die Verarbeitung mit Milzbrandstoffen behafteter Rohprodukte gänzlich verboten oder dieselbe nur nach gründlicher Desinfektion gestattet ist. Ferner Alles zu veranlassen, um die in diesem Berufe arbeitenden Personen so weit als möglich vor dieser die Gesundheit auf das Aeußerste gefährdenden und oft in einigen Tagen den Tod herbeiführenden Krankheit zu schützen und erwartet die Versammlung, daß auch von Seiten der Herren Pinselfabrikanten dem Ansuchen der Arbeiter entsprochen und der Behörde bei Schaffung eines solchen Gesetzes das nöthige Entgegenkommen gezeigt wird, um diese heimtückische Krankheit energisch bekämpfen zu können. Des Weiteren soll eine Kommission von fünf Mann eingesetzt werden, welche alle weiteren Schritte mit den Fabrikanten, dem königl. Fabrikinspektor und der Behörde zu regeln hat. In die Kommission wurden gewählt die Kollegen Dorn, Bolzinger, Gubsch, Schmidt und Weinberger. Nachdem noch Herrn Dr. Görl, der bereits einen weiteren Vortrag über „Tuberkulose" zugesagt hat, der Dank der Versammlung durch den Vorsitzenden, Kollegen Dorn, ausgesprochen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung. — Die Kommission hat bereits die Thätigkeit begonnen und einen Antrag, den wir in nächster Nummer folgen lassen, an den Stadtmagistrat eingereicht.

Zweite Bezirkskonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes der Zahlstellen in Hessen und Hessen-Nassau

am 29. Juli im „Rebstock" zu Frankfurt a. M.

Vertreten waren 12 Orte durch 16 Delegirte. Betters verliest folgende Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission. 3. Die gewerkschaftliche Organisation und zweckmäßige Agitation für den Holzarbeiterverband. 4. Allgemeine Anträge, worunter ein Antrag von Gießen: „Wie stellen wir uns zu der Einrichtung städtischer Arbeitsnachweise?" und ein Antrag von Wolter-Frankfurt: „Wie stellen wir uns zur Maifeier?"

Als Vorsitzende fungiren Wurm und Betters, als Schriftführer Hüther und Meyland.

Winkler erstattet hierauf folgende Kassenbilanz vom 15. Oktober 1893 bis 22. Juli 1894: Einnahme: Kassenbestand am 15. Oktober 1893 M. 53,39, Beiträge der Zahlstellen M. 134,22, freiwillige Beiträge M. 2,60. Summa M. 190,21. — Ausgabe: Kosten der Konferenz von 1893 M. 3,65, für Versammlungen, Vorträge 2c. M. 105,37, für Porto, Telegramme M. 9,63, Bücher und Schreibmaterial M. 4,90. Summa M. 123,55. Gesammteinnahme M. 190,21. Gesammtausgabe M. 123,55. Bleibt Bestand M. 66,66.

Müller-Wiesbaden theilt mit, daß er revidirt und Kasse nebst Büchern in bester Ordnung befunden habe.

Hierauf sprach Betters über die Thätigkeit der Agitationskommission und wies darauf hin, daß von einzelnen größeren Zahlstellen eine kräftigere Agitation entfaltet werde, so daß an Orten, wo noch keine Zahlstellen seien, solche gegründet würden, d. h. wo man sehe, daß es auch möglich sei, dieselbe zu erhalten. Er verlas die Bestimmungen, nach welchen die Kommission zu arbeiten hat, und wünschte, daß die Mitglieder einzelner Zahlstellen die Kommission mehr in Anspruch nehmen, damit die Agitation eine lebhaftere werde. Seit der letzten Konferenz seien 25 Versammlungen theils mit, theils ohne Referenten abgehalten worden. Als Referenten waren die Genossen Hoch, Dr. Quarck, Gerhardt, Westphal, Betters und Rothenburger thätig. Es müsse dafür gesorgt werden, daß mehr Agitation für die Versammlungen betrieben werde, damit die Referenten nicht umsonst kommen; auch sei er dafür, daß man mehr Mitgliederversammlungen abhalte, die indifferenten Kollegen mehr aufkläre und sie heranziehe. In dieser Beziehung sollten nicht so viel wissenschaftliche Vorträge gehalten, wie über Philosophie, Astronomie usw., sondern mehr praktische Tagesfragen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Mit praktischen Fragen und Themata könne man mehr Mitglieder werben. Ferner seien von der Kommission statistische Zettel an alle Zahlstellen ausgegeben worden, welche aber von den Zahlstellen nicht so wieder eingegangen seien, wie es gewünscht wurde. Es arbeiteten darnach in 21 Orten 2375 Arbeiter, wovon 550 organisirt waren. Feste Zahlen könne man nicht annehmen; er wünsche, daß in dieser Beziehung mehr geschehe, so daß die Mitglieder die Vorstände besser unterstützten. Der Referent ersuchte die Delegirten, in sachlicher Weise über die Kommission zu urtheilen.

Die Kollegen Wurm und Hüther sprechen sich in befriedigender Weise über die Kommission aus; sie habe gethan, was in ihrer Kraft stand; für die Folge möchte die Kommission weniger Gewicht auf Abhaltung von öffentlichen als auf Mitgliederversammlungen legen, erstere verursachten zu viel Unkosten und der Nutzen sei nur ein relativer.

Rothenburger wünscht, daß sich die einzelnen dem Verbande angehörigen Berufe mehr vereinigten, im anderen Falle sei es fraglich, ob die Kommission noch weiteren Nutzen habe.

Schilling wünscht mehr Berücksichtigung der kleineren Orte bezüglich der Agitation.

Betters entschuldigt einige Referenten, die eingetretener Umstände wegen nicht erscheinen konnten, und berichtet nachträglich noch, daß in Mainz, mit 12—1400 Schreinern, mehr geschehen müsse. Die Zahlstelle Homburg sei eingegangen. Daß Höchst und Bockenheim nicht vertreten seien, bedauere er. Stimmung für die Konferenz sei dort rechtzeitig gemacht. Im Uebrigen ist er der Meinung, daß die Beschlüsse der Konferenz für alle Zahlstellen maßgebend sein müßten, er bitte deshalb die Delegirten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Zörnz-Mainz giebt zu, daß in Mainz zu wenig agitirt werde; die Geschäftslage sei aber auch zu flau und die Maßregelungen zu arg.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung liegen mehrere Anträge vor: Offenbach ist für Auflösung der Kommission mit der Begründung, die Agitation den Gewerkschaftskartellen zu überlassen.

Darmstadt wünscht den Bezirk in zwei Theile zu theilen.

Mainz: Einen ständigen Agitator anzustellen, der das ganze Jahr hindurch den Bezirk bearbeitet.

Rothenburger ist dafür, daß das Interesse für den Verband mehr in den Mitgliederversammlungen gepflegt werde; auch sei die Presse mehr zu lesen und der Inhalt zu diskutiren.

Wolter-Frankfurt: Die öffentlichen Versammlungen seien nicht mehr der Boden für die Agitation; er empfehle mehr Mitgliederversammlungen, in welchen tüchtige Referenten sprechen. Der Antrag Offenbach sei hinfällig, es könne nicht auch noch die Agitation in dem Maße den Gewerkschaftskartellen aufgebürdet werden. Dem Antrag Darmstadt stehe nichts entgegen. Der Antrag Mainz sei nicht zu empfehlen, da er auch zu viel Kosten verursachen würde. Er sei nicht für Ausflüge wie der nach Bingen, sondern für Wanderversammlungen. In Dörnigheim und Langen seien Zahlstellen zu gründen.

Hüther ist sowohl gegen den Offenbacher wie Mainzer Antrag.

Betters plädirt für halbjährliche Abhaltung der Konferenz, da dieselbe einen agitatorischen Werth hätte. Den Ausführungen Wolter's bezüglich des Wegfalls der Unterstützungen müsse er entgegentreten, will sie aber nur als Nebenzweck gelten lassen. Die Anträge Offenbach und Mainz bitte er abzulehnen. Bezüglich der Presse wäre es besser, keine zu langen Leitartikel, sondern kurze und packendere zu bringen. Die Wanderversammlungen halte er nicht für zweckmäßig.

Meyland-Offenbach vertritt die Ansicht, daß die Kommission keinen Zweck habe; auch hege er Bedenken wegen des Beitrages für die Kommission.

Wurm und **Euler** sprechen für Auflösung der Kommission. **Beckmann, Zörnz, Westphal, Werner** und **Hüther** sind für Bestehenbleiben derselben.

Zörnz glaubt, daß der Antrag: „Anstellung eines ständigen Agitators", nicht genügend gewürdigt werde. Es könne nur die Geldfrage in Betracht kommen.

Hüther empfahl, in Dörnigheim eine Zahlstelle zu errichten, in Gelnhausen sei dafür kein Boden.

In der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag **Offenbach** mit 14 gegen 3, Antrag **Darmstadt** mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Antrag **Mainz** wurde zurückgezogen.

Der Sitz der Kommission bleibt in Frankfurt.

Hüther wünscht, daß die nächste Konferenz vier Wochen vor dem Verbandstag abgehalten wird. Ein Beschluß darüber wurde nicht gefaßt.

Die nächste Konferenz findet in **Mainz** statt.

Der Punkt „Errichtung städtischer Arbeitsnachweise" wurde fallen gelassen und der Antrag von **Wolter**, Maifeier betreffend, soll zur nächsten Konferenz auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Kollege **Betters** schloß hierauf die Konferenz mit einem Hinweis auf deren Wirksamkeit zum Wohle und Gedeihen des Verbandes.

Verband deutscher Korbmacher.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 20. v. Mts. fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt, in welcher die Urabstimmung betreffs des Anschlusses an den Holzarbeiterverband vorgenommen wurde. Da die Mitglieder immer noch denselben Standpunkt vertreten wie vor einigen Monaten, so lehnten sie die Einberufung einer Generalversammlung einstimmig ab. Die Agitationskommission berichtete dann über das Resultat der eingelaufenen Fragebogen. Von bestimmten Forderungen mußte bis zur nächsten Versammlung abgesehen werden, weil die Betheiligung an derselben nicht den gewünschten Erfolg hatte. Im Interesse eines jeden Kollegen liegt es, die Bogen auszufüllen und dafür zu agitiren, daß die Indifferenten ebenfalls zur Organisation herangezogen werden. Einige in größeren Werkstellen arbeitenden Kollegen scheinen es nicht nöthig zu haben, hier in der Versammlung zu erscheinen. Gerade diese Leute sind schlimmer als die Indifferenten, die schädigen uns am allermeisten. Von 140 ausgegebenen Fragebogen sind bis jetzt 59 beantwortet worden. Letztere sind meistens von den Besserstituirten beantwortet, während sich die Kollegen, welche in kleineren Werkstätten arbeiten, wenig an der Ausfüllung betheiligt haben. Die Löhne sind den heutigen Verhältnissen entsprechend; wenn man aber bedenkt, daß die Luxusarbeit immer mehr Saisonarbeit wird, und man in der schlechten Zeit wochenlang arbeitslos ist, so kommt man zu dem traurigen Ergebniß, daß der Durchschnittsverdienst eines Luxusarbeiters ein nicht zu hoher ist. Bedauerlich ist es, wenn man bedenkt, daß von den 59 Kollegen nur 26 der Organisation angehören. Es wurde nun beschlossen, diese Werkstellen namhaft zu machen und dieselben öffentlich im „Vorwärts" zur nächsten Versammlung einzuladen. Zum „Verschiedenen" machte der Vorstand bekannt, daß der Streik der Berner Kollegen beendigt ist, und daß die Listen an den Vorstand zurückgegeben sind. Ferner wurde beschlossen, im Oktober ein Stiftungsfest zu veranstalten. Die Entlassung von Kollegen aus der Werkstelle des Herrn Rüsemann führte zu einer lebhaften Debatte, die jedoch ohne Resultat verlief. Zum Schluß wurde ersucht, die ausgesperrten Brennereiarbeiter in ihrem gerechten Kampfe nach Kräften zu unterstützen.

Eingesandt.

An die Zahlstellen in Hessen und Hessen-Nassau.

Auf Grund des Beschlusses der am 29. Juli in Frankfurt stattgefundenen Konferenz hat die Zahlstelle Frankfurt die Kennzeichnung der Agitationskommission vorgenommen. Es wurden gewählt die Kollegen Bunker, Betje, Kohl, Koch, Weidner, Winkler und Wolter. Die Kommission hat sich konstituirt; Kollege Wolter fungirt als Vorsitzender, Winkler als Kassirer und Kohl als Schriftführer.

Der von der Konferenz bezüglich der Regelung der Agitation gefaßte Beschluß lautet wie folgt:

1. Zur Betreibung der Agitation in dem Bezirke Hessen und Nassau wird eine Kommission ernannt. Dieselbe hat ihren Sitz in Frankfurt.
2. Die Kommission hat die Aufgabe: 1. Für die Mitgliederversammlungen der zum Bezirke gehörigen Zahlstellen auf Ersuchen derselben Referenten zu besorgen; 2. in Orten, wo Kollegen in genügender Anzahl vorhanden sind, aber Zahlstellen nicht bestehen, solche zu gründen. Zu diesem Zwecke wird der Bezirk in kleinere eingetheilt, mit den größeren Zahlstellen als Zentralpunkte.
3. Die Zahlstellen haben die Verpflichtung, die Kommission finanziell zu unterstützen. Die Höhe des Beitrages setzt die Konferenz fest. Ferner haben die Zahlstellen eine Person zu bestimmen, die mit der Agitationskommission in steter Verbindung bleibt, sowie über die Verhältnisse am Orte und die Nothwendigkeit öffentlicher Versammlungen Mittheilung macht. Ebenso sollen die Zahlstellen ihre regelmäßigen Mitgliederversammlungen der Kommission anzeigen.
4. Die Kosten dieser Agitation hat die Kommission zu bestreiten. Die Einnahmen derselben setzen sich aus 1. den Beiträgen der Zahlstellen und 2. freiwilligen Beiträgen zusammen. Bis auf Weiteres sollen die Zahlstellen 5 ₰ pro Mitglied und Quartal entrichten.

Indem wir Vorstehendes den Kollegen im Bezirke bekannt geben, bitten wir, die Beschlüsse der Konferenz zu beachten und dementsprechend zu handeln. Selbstverständlich sind Konferenzbeschlüsse bindend für alle im Bezirke liegenden Zahlstellen. Deren Nichtbeachtung von Seiten der letzteren ist gleichbedeutend mit Vernachlässigung der Agitation, zu deren energischster Betreibung jede Zahlstelle und jeder Kollege verpflichtet ist.

Wir bitten des Weiteren, die etwa restirenden Beiträge baldmöglichst an unseren Kassirer einzusenden. Gesuche um Entsendung von Referenten, sei es für öffentliche oder Mitgliederversammlungen, bitten wir möglichst 14 Tage vorher an uns gelangen zu lassen. Bei späteren Anmeldungen kann nicht für eine pünktliche Erledigung der Gesuche garantirt werden.

Die Kommission ihrerseits wird sich bemühen, allen Wünschen gerecht zu werden, bittet aber um die Unterstützung aller Kollegen im Bezirke.

Bis zum 30. Juli gingen noch folgende Beiträge ein: Aschaffenburg, 1. und 2. Quartal, ℳ 3; Darmstadt, 1. Quartal, ℳ 2,70; Frankfurt, 1. Quartal, ℳ 10,70; Gießen, 1. und 2. Quartal, ℳ 2,50; Isenburg, 2. Quartal, ℳ 3,50; Offenbach, 1. und 2. Quartal, ℳ 10,40; Wiesbaden, 2. Quartal, ℳ 6,50; Friedberg, 1. und 2. Quartal, ℳ 2; Kassenbestand ℳ 66,66.

Mit kollegialischem Gruß

W. Wolter, Vorsitzender. Bornheimerlandstr. 4, V.
R. Winkler, Kassirer. Burgstr. 18, IV.

An die Zahlstellen der Pfalz, Saarbrücken und Worms.

Schon bereits ein halbes Jahr ist verflossen, seit sich das pfälzische Agitationscomité gebildet, ohne bisher etwas Wesentliches zu leisten.

Dem gefaßten Beschlusse der Neustädter Konferenz, das Comité mit den prozentual festgesetzten Geldmitteln zu unterstützen, wird von den einzelnen Zahlstellen nur schlecht nachgekommen. Wir richten an dieselben nun die Bitte, das Geld so bald wie möglich zu schicken.

Kollegen! Der Beschluß ist gefaßt, sucht denselben zur Durchführung zu bringen, denn ohne Geld kann nicht agitirt werden.

Das Agitationscomité beschloß, in nächster Zeit eine Agitationstour durch die Pfalz zu unternehmen; wir ersuchen deshalb die Verwaltungsbeamten, uns binnen 14 Tagen mitzutheilen, wo Versammlungen stattfinden sollen.

Bis jetzt gingen von folgenden Zahlstellen Beträge ein: Edenkoben, 1. Quartal 1894, ℳ 2,30; Frankenthal, 1. Quartal, ℳ 6,88; St. Ingbert, 4. Quartal 1893 und 1. Quartal 1894, ℳ 6; Kaiserslautern, 1. und 2. Quartal 1894, ℳ 6,71; Ludwigshafen, 1. und 2. Quartal, ℳ 5,20; Neustadt, 1. und 2. Quartal, ℳ 8,59; Speyer, 2. Quartal, ℳ 3,70.

Dürkheim, St. Johann, Saarbrücken und Worms haben bisher nichts eingesandt.

Das Agitationscomité der pfälzischen Holzarbeiter.
J. A.: Jul. Schultheiß,
Wörthstraße 13, Ludwigshafen am Rhein.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Bekleidungs-Industrie-Kongreß. Derselbe fand in Erfurt statt. Anwesend waren 46 Schuhmacher, 35 Schneider, 1 Hutmacher, 1 Kürschner, 1 Textilarbeiter; die Generalkommission war durch v. Elm vertreten. Ueber den Kernpunkt des Kongresses: „Ist die Gründung eines Bekleidungs-Industrie-Verbandes zweckmäßig und nothwendig?" fand eine lange Generaldiskussion statt, in der Reißhaus (Schneider) lebhaft für die Gründung eines Industrie-Verbandes eintrat, betonend, daß der Zusammenschluß der kleineren Organisationen im Interesse der Angehörigen dieser Organisationen selbst läge. Nur eine große, kompakte Masse könne heute den Kampf mit dem Kapitalismus aufnehmen. Er wundere sich daher, daß die Generalkommission, deren Pflicht die Stärkung der Organisationen sei, nach Erfurt komme, um gegen eine solche Stärkung, d. h. Vereinigung mehrerer zu einer großen Organisation, zu stimmen.

Bock ist nicht prinzipiell Gegner von Industrie-Verbänden, hält deren Gründung aber für verfrüht. Bereits im Jahre 1872 habe in Erfurt ein Genosse, Namens Theodor York, für Industrie-Verbände eine rege Agitation entfaltet. Leider blieb damals diese mühevolle Arbeit ohne den geringsten nachhaltigen Erfolg. Eine Holzarbeiter-Union sei seinerzeit in Erfurt ebenfalls in's Leben gerufen worden, doch auch diese habe kaum eine einjährige Existenz gefristet. Die total indifferente Masse kann eben der Organisation nur durch Einverleibung der einzelnen Branchen-Organisationen zugeführt werden. Ein Industrie-Verband sei der Agitation und den Streiks mehr schädlich wie nützlich. Dies zeige der Holzarbeiterverband, der während seines kurzen Bestehens bereits um eine 1000 Mitglieder zurückgegangen sei. Von dem vor wenigen Jahren in's Leben gerufenen Hafenarbeiterverband haben sich die Werftarbeiter ebenfalls wieder abgesondert. Er (Bock) könne nicht begreifen, daß ferner ein Metallarbeiterverband Schlosser, Schmiede, Former usw. in sich vereinige; sind doch die Interessen jedes Einzelnen dieser genannten Berufszweige grundverschieden. Die Behauptung seines Vorredners, daß der größte Theil der Schuhmacher in Fabriken arbeiter, müsse er ebenfalls bestreiten, gerade das Gegentheil sei der Fall. Er halte überhaupt Schuhmacher und Schneider für sehr wenig geeignet, durch einen Industrie-Verband vereinigt zu werden. Die Gerber beispielsweise seien als Lederbearbeitungsbranche hierzu weit eher berechtigt. Bezüglich der Presse hält Redner ein Organ, welches sich ausschließlich mit einer bestimmten Branche befaßt, von größerem agitatorischen Werthe, als ein Zentralorgan, dies zeige uns die politische Presse zur Genüge. Er warnt vor einem allzu raschen Tempo auf dem Gebiete der Organisationsfrage. Möge man die Frage vor Beschlußfassung über Gründung eines Industrie-Verbandes ernstlich prüfen, ein solcher Schritt könne von unberechenbaren Folgen sein. Ist er einmal gethan, läßt er sich so leicht nicht wieder gut machen.

v. Elm vertheidigt die Generalkommission. Die Mitglieder dieser Kommission seien getheilter Meinung über Industrieverbände. Er könne nachweisen, daß selbst Mitglieder von Industrieverbänden infolge gemachter Erfahrungen Gegner derselben sind. Der Verband der Hafenarbeiter z. B. habe statt Zentralisation infolge seiner Zersplitterung eine Dezentralisation herbeigeführt. Die Verhältnisse der Arbeitsbedingungen sind hier eben grundverschieden. Im Holzarbeiter-Verband ist nur das Gros der Mitglieder, die Tischler, größer geworden, die übrigen Branchen sind durch den Verband rückwärts gegangen. Der Zeitpunkt des allgemeinen Zusammenschlusses ist noch weit entfernt; ihn anzustreben sei jetzt nur ein Ideal. Zwischen Theorie und Praxis müsse man einen großen Unterschied machen. Es werde hier lange über Formen herumgestritten, dabei vergesse man aber, daß der Geist vor Allem hier vorherrschend ist. Bezüglich der Presse gehe Genosse Reißhaus zu rasch vorwärts. Den thatsächlichen Verhältnissen müsse man mehr Rechnung tragen. Er (v. Elm) sei ebenfalls der Meinung, daß ein Kartellvertrag zwischen einzelnen Gewerkschaften immer mehr zur Nothwendigkeit werde. Die Selbstständigkeit der einzelnen Branchen-Organisationen müsse dabei aber gewahrt werden. Aus diesem Grunde warne er vor diesem Schritt.

Nach längerer Debatte ergab die namentliche Abstimmung nach Branchen über Gründung eines Bekleidungsindustrie-Verbandes dafür: 16 Schneider, 5 Schuhmacher und 1 Kürschner; dagegen: 19 Schneider, 41 Schuhmacher und 1 Hutmacher.

Die Kommission, welche zum Zwecke der Ausarbeitung eines Kartellentwurfes gewählt war, empfahl nachfolgende Punkte zur Annahme:

Die Vertreter der auf dem Bekleidungsindustrie-Kongreß zu Erfurt erschienenen Branchen verpflichten sich, ein Kartell in Folgendem abzuschließen:

1. Bei Streiks und Aussperrungen sich gegenseitig zu unterstützen.

Dieser Antrag gelangt zur Annahme. Ein Amendement von Timm-Berlin, „die Art und Weise der Unterstützung ist Sache der einzelnen Organisationen," wird ebenfalls angenommen.

2. Ihre auf der Reise befindlichen Mitglieder gegenseitig zu unterstützen.

Dieser Passus wird auf Vorschlag der Kommission abgelehnt.

3. Die Agitation gemeinschaftlich zu betreiben.

Dieser Antrag wird nach Kommissionsbeschluß gutgeheißen.

4. Die Herbergen und Arbeitsnachweise, soweit dieses noch nicht geschehen, zu zentralisiren.

Es erfolgt nach kurzer Debatte die Annahme auch dieses Kommissionsbeschlusses.

5. Den Uebertritt von einer Organisation zu der anderen bei vorkommendem Ortswechsel ohne weitere Formalitäten herbeizuführen.

Dieser Passus gelangt auf Vorschlag der Kommission ebenfalls ohne Abänderung zur Annahme.

Die ad 1—5 enthaltenen Beschlüsse treten mit dem 1. Januar 1895 in Kraft. Bezüglich der Presse macht die Kommission folgenden Vorschlag: „Die Regelung der Herbeiführung einer einheitlichen Presse wird den zur Zeit in Erfurt tagenden Generalversammlungen der Schuhmacher und Schneider überlassen."

Damit hatte der Kongreß sein Ende erreicht.

Der Kongreß der Schuhmacher, welcher nach Erledigung aller Formalitäten in der Hauptsache über das Verhalten Bock's als Schiedsrichter in Sachen des Burger Streiks verhandelte, anerkannte nach langen stürmischen Debatten mit 31 gegen 10 Stimmen, daß die Abmachungen Bock's mit den Burger Fabrikanten gut, und er zu denselben berechtigt war. Eine Resolution, welche sich mit der Thätigkeit Bock's im Allgemeinen in der Burger Streik- und Streitsache einverstanden erklärt, wird mit 37 gegen 5 Stimmen und 2 Enthaltungen, ein Vertrauensvotum für Bock mit allen gegen 5 Stimmen angenommen. Damit hat der recht unerquickliche Streit, die persönlichen Reibereien auf beiden Seiten der Parteien, die die Presse seit Wochen beschäftigt, ein Ende erreicht und zwar zu Gunsten des am meisten angegriffenen Theiles, des Genossen Bock. Da Letzterer eine Wiederwahl entschieden ablehnt, wird Markus (Erfurt) als Vertrauensmann gewählt.

Bezüglich der Presse ist eine fünfgliedrige Preßkommission zur Ueberwachung der Redaktion, mit dem Sitz in Hamburg, gewählt. Das Schuhmacherfachblatt bleibt für ferner bestehen, wodurch eine Verschmelzung mit der Fachzeitung der Schneider für längere Zeit aussichtslos ist.

Achtung, Metall- und Holzarbeiter Hamburgs! Wie uns soeben mitgetheilt wird, befindet sich der Direktor der Güstrower Waggonfabrik neuerdings in Hamburg, um Arbeitskräfte anzuwerben. Wir ersuchen alle Hamburger Arbeiter dringend, ihre Solidarität für die Streikenden, vor Allem durch strenge Fernhaltung des Zuzuges zu bethätigen.

Gerichts-Chronik.

Die Invaliditätskarte dem aus der Arbeit ausscheidenden Arbeiter vorzuenthalten, sind die Arbeitgeber in keinem Falle berechtigt. So entschied das Bochumer Amtsgericht und verurtheilte einen Arbeitgeber, der die Karte nicht herausgeben wollte, zu ℳ 3 Strafe.

Wegen Nichtausstellung eines Zeugnisses beim Austritt aus dem Arbeitsverhältniß sind wiederholt Klagen bei den Gewerbegerichten abhängig gemacht worden und zwar stützen sich die Kläger darauf, daß sie in Ermangelung eines Zeugnisses keine Arbeit erhalten konnten. Das Gewerbegericht, Kammer V, Berlin, entschied in einem solchen Falle, daß nach § 113 der Gewerbeordnung der Arbeitgeber nicht jedem angestellten Arbeiter bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses mir nichts dir nichts eine Arbeitsbescheinigung geben müsse, sondern der Arbeiter könne eine solche verlangen; die Schlußfolgerung des Gerichts geht dahin, daß, wenn der Arbeitgeber die Ausstellung des Zeugnisses aus irgend welchen Gründen verweigerte und dem Arbeiter infolge Mangels eines letzten Zeugnisses ein Schaden erwächst, indem er auf Grund

dessen keine Arbeit erhielt, die er in anderem Falle erhalten haben würde, so steht ihm das Recht zu, von dem Arbeitgeber eine Entschädigung zu fordern, dann aber den Beweis zu erbringen, daß er an jedem der feiernden Tage einzig und allein deshalb verdienstlos war, weil ihm das eine Zeugniß vom letzten Arbeitgeber fehlte.

Zwei Tage Gefängniß erhielt in Schöneck ein Arbeiter, weil er der Maifeier beigewohnt hatte. Ihm war von der Behörde verboten worden, Schankstätten zu besuchen, weil er noch Steuern schuldete. Gleichwohl besuchte er am 1. Mai das „Deutsche Haus", um an der daselbst stattfindenden Maifeier theilzunehmen. Das Schöffengericht zu Oelsnitz i. V. verurtheilte ihn wegen Uebertretung des bestehenden Verbots zu zwei Tagen Haft. Das Landgericht Plauen bestätigte auf erhobenen Einspruch das Urtheil.

Zweierlei Maß. Der frühere sozialdemokratische Redakteur der Mannheimer „Volksstimme", Genosse Keßler, hat gegenwärtig im dortigen Gefängniß Preßsünden zu verbüßen, und wird gezwungen, Sträflingskleider zu tragen; während es den 3 Bankiers Maas gestattet wurde, ihre Strafe in Freiburg zu verbüßen, weil sie dort nicht genöthigt sind, Sträflingskleidung zu tragen. Daselbsthin wurden sie im Wagenabtheil II. Klasse mittelst Schnellzug überführt. Warum auch nicht, es hieße sonst unseren Kulturstaat verleugnen, in dem die Spitzbuben — wenigstens die großen — mit größter Zuvorkommenheit behandelt werden.

Technisches.

Ein Verfahren zum Firnissen von Holzgegenständen ist Herrn Victor Victorson in West-Roxbury, Staat Massachusetts patentirt worden. Vor dem Poliren gewisser Holzarbeiten, z. B. derjenigen an Pianos, giebt man bisher vier bis sechs Firnißanstriche und setzt jeden einzelnen Anstrich drei bis zehn Tage lang der Einwirkung der Luft aus. Um die so erforderlichen sehr langen Zeiträume auf vier bis sechs Tage abzukürzen, erwärmt man das Holz nach jedem Anstrich, was am besten mit rohem Leinöl statt Leinöl-Firniß ausgeführt wird, in einer Heizkammer allmälig auf etwa 38 Grad, erhält es mehrere Stunden auf dieser Temperatur und erhitzt es schließlich noch längere Zeit (im Ganzen 8—24 Stunden) auf etwa 49 Grad, so lange bis der Firniß vollkommen trocken geworden ist. Die Anwendung des Verfahrens eignet sich besonders für die Herstellung von Luxusfuhrwerken und Möbeln.

Wozu taugt die Weymuthkiefer? Dem Oberförster der Stadt Zofingen ist es gelungen, für die bisher wenig begehrte Weymuthkiefer einen Absatz zum schönsten Rothholzpreis zu finden. Die Stämme eignen sich als Laden wie kein anderes Holz zur Unterlage von feinem Täfelwerk, weil der Leim am besten hält; ebenso giebt es wegen der gleichmäßigen Stellung der Aeste und feinen Linien ein prachtvolles Getäfel, schöner als von Tannenholz. Das schwächere Stemmholz wird zur Cellulosefabrikation verwendet, woraus man ein sehr gutes Papier macht.

Vom deutschen Holzmarkte.

Als der russische Zollvertrag abgeschlossen war, befürchtete man ein starkes Ueberfluthen mit russischem Holze, da man wußte, daß erhebliche Massen an der Grenze lagerten. Unsere großen Sägewerke, denen es bereits seit längerer Zeit an Rohmaterial fehlte, versorgten sich schleunigst, so daß im vorigen Monat ein lebhafter Grenzverkehr stattfand. Ob dieser aber auch fernerhin in gleichem Umfange bestehen bleiben wird, unterliegt berechtigtem Zweifel, denn der schneelose Winter erschwerte den Holztransport von den Schlägen aus an die großen Lagerplätze so sehr, daß dort viel über Mangel geklagt wird. Außerdem scheint die Cholera auch in Rußland bereits in Besorgniß erregender Weise um sich zu greifen, so daß die deutsche Regierung bald wieder genöthigt sein wird, energische Maßregeln zur Abwehr zu ergreifen.

Die Einfuhr des Rohproduktes, das bei uns verarbeitet, einen wesentlichen Faktor bei unseren bedeutenden deutschen Holzgeschäften in Königsberg, Memel usw. ausmacht, sollte durch den neuen Handelsvertrag möglichst erleichtert werden, da wir nicht in der Lage sind, zunächst noch unseren Bedarf aus den eigenen Wäldern vollständig zu decken. Bislang wurden alljährlich außerordentlich große Posten Bretterwaaren aus Skandinavien bei uns eingeführt, die sich durch ihre vorzügliche Qualität auszeichneten. In Norwegen ist aber bei dem ausgedehnten Privatbesitz seit Langem ein solcher Raub betrieben, daß der Export von dort mehr und mehr abnimmt. Schweden ist zwar ebenso wie Finland noch für längere Zeit hinaus leistungsfähig, es treten aber dort stets die Franzosen und Engländer mit uns derartig in Wettbewerb, daß es die großen Exportfirmen meist in der Hand haben, die Preise für den Weltmarkt zu diktiren. Selbstverständlich trat dieser Uebelstand bei dem hohen russischen Kampfzoll mehr als früher zu Tage, um so mehr als sich Frankreich auch gegen Deutschland hin die Bezugsquelle verstopft hat. Bei der hierdurch eingetretenen Preissteigerung der nordischen Hölzer hatte allerdings Oesterreich-Ungarn auf dem deutschen Markte bedeutend an Terrain gewonnen, da wir aber hierbei größtentheils auf den theuren Bahntransport angewiesen sind, so kann stets die Waare, die auf dem Wasserwege zu Markte gebracht wird, erfolgreichen Wettbewerb machen. Um diesen Uebelständen zu begegnen, ist man bemüht, unsere Wasserstraßen zu vermehren durch den weiteren Ausbau des Kanalnetzes und durch das Schiffbarmachen der größeren Flüsse. Wenn auch bei der augenblicklichen Finanzlage des Reiches mit diesen kostspieligen Arbeiten nur langsam vorgegangen werden kann, so ist nicht daran zu zweifeln, daß das nächste Jahrzehnt uns hierin noch bedeutende Fortschritte bringt, denn die Rentabilität dieser Anlagen ist vollständig sicher gestellt. Wird auch der Kanalbau zwischen Dortmund und dem Rhein vom Landtage in dieser Session nicht angenommen, so dürften die Aussichten hierfür vielleicht schon im nächsten Jahre günstiger liegen und wir haben alsdann berechtigte Hoffnung, daß im Anschluß an diese Verbindung vom Rhein zu den Emshäfen der große binnenländische Kanal, der den Rhein mit der Weser und Elbe verbinden soll, bald in Angriff genommen wird.

Diese so wichtige Wasserstraße wird bekanntlich nach dem neuen Projekte die Weser bei Minden kreuzen, wo ein Schiffshebewerk die Fahrzeuge um etwa 15 Meter heben wird, die alsdann bei Bäckeburg vorüber fast ohne Schleusen Hannover erreichen können. Die Ausmündung dieses Kanals ist bei Magdeburg projektirt, so daß also die Elbschiffahrt mit dem inneren Lande in direkte Verbindung gesetzt wird. Abzweigungen nach Braunschweig, Peine usw. sollen angeschlossen werden, so daß der Ausbau eine Länge von etwa 475 km erreicht.

Unser deutsches Holzgeschäft wird durch solche Wasserverbindungen dadurch erheblich beinflußt, daß nach dem Ausbau die Einfuhr fremder Waare bis tief in das Innere des Landes hinein wesentlich erleichtert und billiger gestellt wird. Die große Zahl der Konsumenten ist alsdann in der Lage, ihren Bedarf für einen niedrigeren Preis zu decken, wodurch immerhin die breiten Schichten des Volkes erheblich gewinnen. Die Zubringung von Kohlen, diesem wichtigen Massenkonsumartikel, wird vor allem durch den erwähnten neuen Kanal so erleichtert, daß sich das Brennholzgeschäft des Binnenlandes ganz wesentlich verschiebt. Unsere Waldbesitzer, also in Mitteldeutschland, vor allem der Staat und die Gemeinden, werden hierdurch zunächst geschädigt, denn die meisten Brennholzkonsumenten werden alsdann ihren Bedarf nicht mehr in den kleinen Lokalverkäufen decken, sondern zur Kohle übergehen. Der Forstbetrieb muß sich alsdann mehr und mehr den neuen Bedürfnissen anpassen, d. h. solche Waare auf den Markt bringen, die in größeren Mengen den Transport verträgt. Besseres Brennholz wird stets seine Abnehmer finden, denn die größeren Orte können auf weite Entfernungen hin ihr Bezugsgebiet ausdehnen. Ein großer Theil des Einschlages, der bis jetzt als Brennholz verwerthet wurde, kann bei besserer Verbindung die Bedürfnisse des entfernt liegenden Nutzholzmarktes befriedigen, so daß in den meisten Fällen ein Ausgleich eintreten wird. Dort aber, wo erheblicher Ueberschuß an brauchbarem Material vorhanden ist, wird infolge der guten Gelegenheit eine Holz verarbeitende Fabrik nach der anderen entstehen, da der Bezug sowohl von Kohlen wie vom Rohprodukt so sehr erleichtert ist. Die Holzstofffabriken werden ohne Zweifel baldigst Nebenstellen an diesen Wasserstraßen errichten, sobald geringwerthiges Durchforstungsmaterial aus den angrenzenden Nadelholzrevieren in größeren Mengen geboten wird. Auf diese Weise können wir auch bei den großen Kanalprojekten der Unterstützung von Seiten der angrenzenden Waldbesitzer sicher sein, wir hoffen daher, daß es den vereinten Anstrengungen gelingt, baldigst unsere Volksvertreter für diese Projekte zu gewinnen, die in dem ganzen deutschen Verkehrswesen eine Umwälzung hervorrufen werden.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat", Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 2).

Die Nr. 30 vom 23. August hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Dr. David, Gießen: Zur Landagitation in Mitteldeutschland. III. — M. Beer, London: Die sozialistische Arbeiterbewegung in Polen. (Schluß.) — Parteitag der Sozialdemokratie Polens. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Arbeiterschutz.

Sozialdemokratische statistische Irrlehren. II. — Arbeiterverhältnisse in der Hausindustrie. — Die Arbeitszeit in der Großindustrie. — Die Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen. — Aus Holland. — Die Achtstundenbill für die englischen Bergarbeiter. — Einwanderung in England. — Gewerkschaftliches. — Eulen und Krähen. V. — Todtenliste. — Vermischtes. — Literatur.

„Sozialpolitisches Zentralblatt." Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich ℳ 2,50. Einzelnummern 20 ₰. Erschienen ist Nr. 48, 3. Jahrgang.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 46. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Klassenkampf in Frankreich. Von Paul Lafargue. (Fortsetzung.) — Der Einfluß des Kapitalismus auf die moderne dramatische Kunst. Von Erich Schlaikjer. — Beiträge zur Entwickelungsgeschichte der Großindustrie in Deutschland. V. — Notizen: Zur Verwahrlosung der Kinder in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Kirchengüter in Oesterreich. — Feuilleton: Von Unten nach Oben. Eine Novelle von Karonin. Frei nach dem Russischen. (Fortsetzung.)

Von dem in unserer Zeitung mehrfach erwähnten **„Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch"** (Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart) geht uns soeben das Schlußheft (13) zu. Damit liegt das handliche Buch nun in der neuen Bearbeitung vollständig vor; es entspricht allen Anforderungen, die man an ein derartiges Werk zu stellen berechtigt ist. Dasselbe ist, 624 Seiten stark, nun auch in hübschem Einband zu dem billigen Preise von ℳ 3,20 zu haben.

Gleichzeitig wurden ausgegeben die Schlußhefte (13 und 14) von **„Lissagaray's Geschichte der Kommune von 1871"**. Dieselben enthalten einen Nachtrag aus der Feder eines mit jenen Ereignissen durchaus vertrauten Schriftstellers, welcher werthvolle Aufschlüsse über die eigentlichen inneren Ursachen des Entstehens und Unterganges der Kommune giebt. Das Werk ist nun in einem stattlichen Bande auch gebunden zum Preise von ℳ 3,50 zu beziehen.

Die **Lassalle-Nummer** des **„Südd. Postillon"** ist soeben erschienen und verfehlen wir nicht, die Genossen auf diese Nummer aufmerksam zu machen. Die Redaktion ging von dem Grundsatz aus, daß sie sich sagte: die würdigste Ehrung Lassalle's besteht darin, wenn wir dessen gedenken, was Lassalle geschaffen hat. In diesem Sinne sind die meisten Beiträge gehalten und können wir diese Nummer als äußerst gelungen bezeichnen. Von dem reichen Inhalt heben wir besonders hervor: Titel- und Schlußbild, Festgedicht von Ernst Klaar, Dem Andenken Ferd. Lassalle's von Ed. Fuchs, sowie eine Anzahl äußerst interessanter Aphorismen aus Lassalle's Werken.

Der Hochverraths-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. 8. Heft. S. 289 bis 336. 8°. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts".

Dieses Heft enthält eine Reihe von Briefen von Marx, B. Ladendorf. Die Beziehungen zwischen der deutschen Sozialdemokratie zur Internationalen und zur Genfer Friedens- und Freiheitsliga, sowie die Stellung zur republikanischen Staatsform werden in diesem Hefte erörtert. Eine Reihe interessanter, heute nicht mehr erhältlicher Zeitungsartikel finden sich hier neugedruckt, u. A. aus schweizer und amerikanischen Partei-Organen über die Stellung der Arbeiter zum Kriege von 1870/71, zur Frage der Annexion von Elsaß-Lothringen, über die Stellung zum Baseler Kongreßbeschluß gegen das Grundeigenthum.

Preis pro Heft 20 ₰. Bestellungen nehmen noch jetzt alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsspediteure oder die Verlagsbuchhandlung entgegen.

„Aufgaben für den Unterricht im Fachzeichnen" betitelt sich ein, mit 12 Aufgaben für das Fachzeichnen der Möbelschreiner versehenes Heftchen von D. Scheffers. Verlag von A. Pockwitz in Stade. Das Heft enthält eine Anzahl Freihandskizzen für verschiedene Möbelstücke, ebenso eine Reihe Skizzen für Profile (Hobeln). Die Skizzen sind, wie der Titel sagt, nur Aufgaben, keine fertigen, schön entworfenen Zeichnungen, sondern leicht hingeworfene Andeutungen über die Form, Höhe und Breite des Möbels. Eine Fortsetzung der Hefte in mehreren Lieferungen ist in Aussicht gestellt. Das Heft ist Denjenigen, welche die Skizzen zu einer brauchbaren Zeichnung in natürlicher Größe oder in vergrößertem Maßstab zeichnen wollen, oder sonst des Zeichnens wenig kundig sind, angelegentlichst zu empfehlen. Der Preis beträgt mit Porto 53 ₰.

Briefkasten.

Ashausen, H. W. Wo leuchtende Zifferblätter für Taschenuhren fertig zu haben sind, können wir Ihnen nicht sagen.

Rostock, W. D. Die Veröffentlichung eines Ausschlusses kann nur der Ausschuß in Berlin veranlassen.

Zeulenroda, F. E. Das Gewünschte wird wohl in Zeichnungen nicht zu haben sein, aber in natura ist doch wohl alles dazu Gehörige am Orte selbst vorhanden. Hobelbänke, Tischlermeister, Gesellen und Lehrlinge, und ein einigermaßen „faßlich" angelegtes Genie dürften wohl auch noch am Orte zu finden sein.

J. S. in E. Bezüglich Ihrer drei gestellten Fragen wenden Sie sich wegen näherer Auskunft an die Redaktion der „Sattler- und Tapeziererztg.", J. Sassenbach, Berlin 4.

Gelsenkirchen, A. H. Der Betrag ist hier am 14. März eingegangen und war irrthümlich nicht übertragen. Gruß.

Perleberg, M. T. Manchester ist eine große Industriestadt Englands. In diesem Orte bildete sich eine Partei, die den Freihandel oder freihändlerische Bestrebungen auf ihre Fahne schrieb. Im Gegensatz zur schutzzöllnerischen Partei nannte man diese einfach Freihändler, oder Manchesterpartei. Wenn heute öfter der Ausdruck St. Manchester gebraucht wird, so geschieht das immer im Zusammenhange mit jener Partei (liberal, freisinnig), welche die unbeschränkte Konkurrenz, die Entfaltung des Spiels der freien Kräfte als das höchste gesellschaftliche Ideal betrachtet. Sie werden auch sehr oft schon den Satz laissez faire, laissez aller (lässeh fähr, lässe s'alleh) das heißt auf deutsch, „Alles gehen lassen, wie es geht," ohne Einmischung irgend welcher Autoritäten, die der freien Konkurrenz, dem Wettkampf auf wirthschaftlichem Gebiete hinderlich sein könnten. Daher kommt es denn auch, daß der große Freisinns- und Manchestermann Eugen Richter ganz und gar nicht damit zufrieden ist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiter in den Bäckereien seitens der Majorität der Kommission für Arbeiterstatistik gefordet worden und beschlossen ist. Er wünscht die Einmischung gesetzlicher Autoritäten in die Rechte von Privatpersonen nicht, will die Regelung vielmehr den in Frage kommenden Parteien selbst überlassen. Nach ihm und vielen Anhängern dieser manchesterlichen Richtung können ja staatlicherseits Gesetze (Arbeiterschutzgesetze) geschaffen werden, nur müssen diese so beschaffen sein, daß der freien Konkurrenz und der Ausbeutung der Arbeiter keine Schranken gezogen werden. Zu der Manchesterpartei zählen wir auch die Gewerkvereine Hirsch-Duncker'scher Richtung, diese oder vielmehr ihre Führer verabscheuen nichts mehr als eine selbstständige Regung der Arbeiter (Streiks, Lohnforderung usw.), sie predigen die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und bekämpfen alle Diejenigen, die beweisen, daß solch eine Harmonie ein Unsinn, d. h. unmöglich ist. Immer hübsch Hand in Hand gehen mit den Kapitalisten, sich schinden und ausbeuten lassen, lange Zeit für wenig Geld arbeiten, Mit Gott für König und Kapital durch dick und dünn laufen, und wenn's mal zu bunt wird mit der auf die Spitze getriebenen Kapitalisten-Harmonie, dann wird den sich unzufrieden bemerkbar machenden Arbeitern mit ein paar Brosamen, bestehend in einigen faden Redensarten, der Mund gestopft, wie: Ihr seid ja rechtschaffene, tüchtige, königstreue Arbeiter, wie kann es Euch fehlen, ergebt Euch in Zufriedenheit; denn seht, die Kapitalisten haben in dieser Zeit mehr Sorge wie die Arbeiter; und siehe da, Kapital und St. Manchester haben gesiegt, die Arbeiter sind mal wieder die Dummen. Und daß die nicht alle werden, beweisen uns immer noch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine.

Berlin, J. B. In Nummer 27.

Rostock, H. B. Zeitungshalter betreffend. Herr J. M. Probst, Leonhardsstraße 48 in Nürnberg theilt uns mit, daß dieselben in guter Qualität bei ihm zu haben sind.

Werdau, J. F. Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse für Wagenbauer hat ihren Sitz in Gotha. Kassirer H. Tillig, Große Fahnenstraße 20.

Einbeck, F. M. Von den beiden erfolgten Ausschlüssen haben Sie sowohl den betreffenden Mitgliedern (wenn sie in der Versammlung nicht zugegen waren) als auch dem Ausschuß (Berlin) Kenntniß zu geben. Erst wenn dieser die Veröffentlichung anordnet, kann dieselbe erfolgen.

Arnstadt und Steinau, Zahlstellen. Die Postkarte von verschiedenen Sendungen sind vollständig unkenntlich; es ist möglich, daß die Ihrigen dazwischen sind.

* Wer von den Kollegen kann uns eine Firma nennen, die furnirte Schrankseiten und Füllungen liefert? Wir bitten darum.

Fürth 9096. Das konnten wir nicht in Erfahrung bringen, ob und welche Hamburger Bürstenfabrik in Chicago prämiirt worden ist.

Schwerin. 60 ₰ und ℳ 2,10.

München-Gladbach. Wofür waren die 30 ₰, welche Sie am 7. August sandten?

Goslar, T. Restaurationstische liefert die Firma Becker u. Blau in Stolp, Pommern. Stühle: Hartung u. Kohlmacher in Kassel. Barbierstühle liefert dieselbe Firma.

Eslingen, W. E. Wenden Sie sich an Herrn Willhagen, Hamburg-Eimsbüttel, Eimsbütteler Chaussee.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. 3 in Hamburg.)

Bekanntmachung des Vorstandes.

Aus nachbenannten örtlichen Verwaltungsstellen fehlen leider bis heute, den 28. August cr., die Abrechnungen pro 2. Quartal 1894. Es sieht sich der Vorstand daher genöthigt, dieselben hierdurch bekannt zu geben und die Verwaltungen auf diesem Wege an ihre Pflichten zu erinnern.

Alsfeld, Auerbach, Britz, Brühl b. Köln, Cranz, Elgershausen, Friedberg, Mittweida, Nieder-Wöllstadt, Nossen, Olbernhau, Plaue, Pritzwalk, Ratingen, Rosenheim, Rothenditmold, Schleißheim, Bach, Volkstaedt, Wesseling.

Vorstehend gemahnte Verwaltungsstellen erhalten, bevor die Abrechnung des 2. Quartals 1894 nicht an den Vorstand eingesandt worden ist, weder Material noch Zuschüsse. Sollten bis Dienstag, den 4. September cr., fehlende Abrechnungen nicht hier eingetroffen sind, so werden die betreffenden Aufsichtsbehörden mit den weiteren Maßnahmen betraut werden.

Der Vorstand.
J. A.: G. Blume.

Bekanntmachungen des Hauptkassirers.

Ueberschüsse sandten ein vom 11. bis 25. August: Frankfurt a. M. M. 1200, Berlin B 800, Dresden A 800, Offenbach 800, Hamburg I 600, Hamburg II 500, Dresden N 500, Fürth 400, Hannover 400, Kiel 400, Mainz 400, Mannheim 400, Nürnberg 400, Rathenow 400, Rixdorf 400, Altenburg 300, Bremen 300, Deutz 300, Leipzig I 300, Lindenau 300, Thonberg 300, Breslau 250, Regensburg 250, Köln II 200, Bückeburg 200, Oberrad 200, Elberfeld 200, Dessau 200, Ludwigshafen 200, Duisburg 200, Augsburg 200, Kaiserslautern 200, Weinheim 200, Münch.-Schwabing 200, Stettin 200, Düsseldorf 200, Rostock 194, Hanau 150, Sudenburg 150, Osterwieck 150, Gaarden 150, Waltershausen 150, Sangerhausen 150, Neue Neustadt b. Magdburg 150, Karlsruhe 150, Gotha 150, Neustadt a. H. 150, Heidingsfeld 140, Lorsbach 120, Kulmbach 120, Hemmoor 100, Pannsdorf 100, Hansen 100, Nabenau 100, Bilbel 100, Nasberg 100, Ried 100, Wehlheiden 100, Hochheim 100, Bergen 100, Forchheim 100, Aschersleben 100, Osnabrück 100, Ohlau 100, Steglitz 100, Wirhausen 100, Mariendorf 100, Dietesheim 100, Mühlheim a. D. 100, Rudolstadt 100, Constanz 100, Eisleben 100, Kretzschen 100, Neumühlen 100, Zangenberg 100, Neulußheim 94, Niedererlenbach 70, Bruck 60, Crössuitz 50, Ruppertshain 50, Schleiz 50, Hermülheim 50, Alsbach 50, Beiertheim 90, Alte Neustadt b. Magdb. 30, Münden 20. Summa M. 18 488.

Zuschüsse erhielten vom 11. bis 25. August: Mülheim a. R. M. 200, Gelsenkirchen 150, Striesen 150, Coswig 100, Cottbus 100, Elmshorn 100, Hitdorf 100, Bettenhausen 100, Hochstadt 100, Bruchsal 100, Pfungstadt 100, Posen 100, Potschappel 60, Heusenstamm 60, Geisenheim 50, Debschwitz 50, Schwelm 50, Villingen 40, Köppern 60. Summa M. 1770.

Krankenunterstützung wurden von der Hauptkasse an die Einzelmitglieder gezahlt M. 1897,80.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Invalidenfonds.

Seit der letzten Quittung in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung" sind für unsere Invaliden weiter eingesandt:

Köln I und II M. 117,66, Berlin durch Carow 128,95, Berlin G 182,15, Berlin F 88,85, Berlin B 62,03, Berlin D 61,35, Berlin H 48,75, Berlin C 32,50, Berlin E 40,80, Berlin A 68,10, Rippes 56, Reinikendorf 56,05, Durlach 22,80, Ehrenfeld 47,35, Striesen 21,50, Mundenheim 20, Deutz 20, Löbau 15,75, Offenbach 18, Hausen 14, Fürth 15, Stuttgart 14, Buckau 9,50, Köln I 9,41, Ravensburg 5, Dresden N 4,80, Forchheim 4,50, Chemnitz 7,11, Ilversgehofen 3,50, Köln II 3,20, Kalk 3,60, Neumdorf (Röder) 1, Wülfter 2,85, Lahr 6, Bickendorf 4,60, Kalk 4,70, Wangen b. Cannstatt 3,25, Böckingen 4, Lägerdorf 4,50, Feudenheim 1,60, Neustadt a. H. 2,40, Hermülheim 1,30, Cannstatt 1,75, Eisleben 1, Erlangen 1,70, Fiethen 1,60, Stötteritz 1, Worms 3, Neuhausen 1, Durch Sterbefall aus Striesen zurückerhalten 25. Summa M. 1278,46. Hierzu der in voriger Quittung veröffentlichte Kassenbestand von M. 2760,20 ergiebt M. 4038,66.

Unterstützung erhielten folgende Mitglieder: Böhm-Berlin (in 2 Raten) M. 50, Fröhlich-Hamburg (in 2 Raten) 50, Berlin-Michaelis (in 2 Raten) 50, Jögel-Malsch (in 2 Raten) 45, Wagner-Oberrad, Weiß-Fürth, Breuel-Altona, Geiger-Stuttgart, Knauft-Dessau, Borbrod-Hannover, Schober-München, Sparmann-Freiberg, Hessen-Köln II, Stenzel-Potsdam, Hartung-Ilversgehofen, Cluin-Worms, Klotsch-, Reichel-Mülheim a. Rh., Kummer-Dresden, Pliester-Buchheim, Ströter-Frankfurt a. M., v. Dein-Hamburg, Hacke-Rostock, je 25. Brunzel, Kamp, Rackwitz, Mielsch, Ziesecke, Kosch, Stock, Müller, Wolle in Berlin je 25, Hahn-Berlin, Ballerstedt-Hamburg, Klein-Dresden, Jäggle-Ravensburg, Wallrath-Kalk je 20, Farheim-Berlin 13, Kosch-Berlin 7,15, Schütz-Kronach (in 2 Raten) 35, Porto für Geldsendungen und Korrespondenz verausgabt 12,60. Gesammtausgabe M. 1087,75. Bleibt Kassenbestand M. 2950,91. Allen Gebern besten Dank!

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unterlassen, an unsere Mitglieder die Bitte zu richten, auch fernerhin bei fröhlichem Zusammensein, auf Festlichkeiten, Konzerten, Bällen ꝛc. der armen Invaliden zu gedenken und ihr Scherflein zu dem Invalidenfonds zu steuern.

L. Jacobs.

Agitationskommission für Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig.

Die Beiträge zum Agitationsfonds sandten ein: Pro 1. Quartal: Eilenburg M. 3,20, Burg 3,30, Goslar 2,70, Braunschweig 13, Merseburg 1,50, Halberstadt 3, Helmstedt 3,40, Dessau 6,60, Cöthen 4, Bernburg 2, Schönebeck 3,15. Pro 1., 2. und 3. Quartal: Blankenburg 10. Pro 2. Quartal: Halberstadt 3, Bernburg 2, Dessau 8,40, Eilenburg 3,10, Halle 4, Burg 10,50, Goslar 2,90, Helmstedt 3,50.

Die einzelnen Zahlstellen werden ersucht, den Beschlüssen der Konferenz pünktlicher nachzukommen, ebenso bitten wir, uns, nachdem Versammlung gewesen ist, umgehend einen kurzen Bericht zu geben.

Briefe, Geldsendungen und Gesuche um Referenten sind an Unterzeichneten einzusenden.

A. Gorgas, Kl. Klosterstr. 15/16.

Quittung.

Zu Händen der Schreinergewerkschaft Zürichs (Schweiz) sind vom 3. Juli bis 18. August aus dem Auslande folgende Gelder eingegangen: Uebertrag letzter Quittung Frcs. 4164,48, von den Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Einbeck 8,92, Celle 10,71, Worms 16,15, Lahr i. B. 7,80, Zussenhausen 12,18, Frankfurt a. O. (2. Rate) 15, Gelsenkirchen 11, Nabenau i. S. 24,62, Meerane i. S. (2. Rate) 12,30, Frankenberg i. S. 10,15, Werdau i. S. 10, Geestemünde 24,62, Wilhelmshaven 15,63, Mainz 18,46, Norden 7, Nordenham i. O. 5,91, Ulm a. D. (2. Rate) 6, Pinneberg i. Holst. 25,85, durch Kollegen H. Gustus-Dresden-Altstadt 10,50, Arbeiterbildungsschule Berlin (2. Rate) 6,14. Summa Frcs. 4423,07.

Für das internationale Solidaritätsgefühl bestens dankend, mit Brudergruß **D. Meyer**, Kassirer.

Zürich, 18. August 1894.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

Arnstadt. Jeden zweiten Sonnabend im Monat in der „Erholung". Am Sonnabend, den 8. September, Abends 8½ Uhr, Hauptversammlung. Die Kollegen werden ersucht, die Versammlungen zahlreich zu besuchen.

Die Lokalverwaltung.

Bergedorf. Die Versammlung findet Umstände halber erst am 15. September statt.

Die Ortsverwaltung.

Eilenburg. Am Sonnabend, den 8. Sept., Versammlung.

Am Sonntag, den 9. September: Ausflug nach Düben. Zahlreicher Betheiligung sieht entgegen. Die Ortsverwaltung.

Görlitz. Sonnabend, den 8. September, Abends 8 Uhr, im „Belvedere". Tagesordnung: Vortrag, Geschäftliches, Aufnahmen und Fragekasten.

Hamburg. Am Dienstag, den 4. Septbr., Abends 8½ Uhr, bei Möhlke, Valentinskamp 41. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Die Organisationsfrage. Die Ortsverwaltung.

Osnabrück. Am Sonntag, den 2. Sept., Vortrag über „Volksspeisen", Referent Genosse Schuster-Braunschweig. Die Versammlung beginnt ausnahmsweise präzise 7 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Brandenburg a. H. Bevollmächtigter **Paul Kramer**, Dom 35. Kassirer **Ernst Lücke**, Kleine Gartenstraße 52. Die Reiseunterstützung wird im Verkehrslokal bei **Kolbe**, Malermeisterstraße 3, Abends von 7—8 und Sonntags von 12—1 Uhr ausbezahlt.

Oldesloe. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß wir unsere Herberge nach **Helms**, „Zur Heimath", verlegt haben. Daselbst wird die Reiseunterstützung Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr ausbezahlt, der Kassirer **Jacob Puck** wohnt Hagenstr. 31.

Spandau. Den reisenden Kollegen zur Kenntniß, daß die Reiseunterstützung von jetzt ab im Verkehrslokal bei **Raake**, Steinmetzerstraße 5, Vormittags von 8—10 und Nachmittags von 4—8 Uhr ausbezahlt wird. Die Herberge von Kern ersuchen wir zu meiden.

Joh. Fabricius, Bevollmächtigter. Lynarstr. 14, 3. Et.

Gef. bei hohem Lohn ein auf photogr. Apparate eingearbeiteter Tischler. Off. u. „Tischler", hauptpostl. Hannover.

Bekanntmachung.

Die Kollegen der **Provinz Schlesien** werden ersucht, alle die **Agitation** betreffenden Anfragen und Gesuche um Referenten usw. an die Adresse des Kollegen **A. Bergmann**, Breslau, Adalbertstr. 26, II., zu richten.

Die Ortsverwaltung.

Der Stellmacher **Ernst Buchwald**, Buch-Nr. 42262, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen betreffs der Sammelliste der Zahlstelle Ratzeburg gegenüber nachzukommen. Kollegen, welche den Aufenthalt desselben wissen, werden ersucht, uns davon Mittheilung zu machen.

O. Fritz, Bevollmächtigter, Ratzeburg, Ratzenschwanz 295.

Fachverein der Tischler u. verw. Berufsgen. von Zeulenroda.

10. Stiftungsfest mit nachfolgendem Ball

am Sonntag, den 23. September, im Saale des Schießhauses. Anfang: 4 Uhr.

Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen des Holzarbeiterverbandes und Fachvereine sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 1,95] **Der Vorstand.**

Görlitz.

Am Sonntag, den 2. September:

Lassalle-Feier

im Park Henneresdorf.

Antreten um 2 Uhr an der Wasserpforte.

Bei unserer Abreise nach Pittsburg sagen wir allen Freunden und Kollegen ein **Herzliches Lebewohl!**

Wilh. Ohm, Robert Zehl, Jakob Jakowsky, } Modelltischler.

Schärfer gesucht

zum Schärfen von **Gatterfägen, Kreisfägen, Bandfägen, Hobelmesser, Fraiser, Bohrer ꝛc.**

Ich reflektire jedoch nur auf einen sehr gewandten, erfahrenen Mann, der schon längere Jahre Sägen und Werkzeuge für Holzbearbeitung geschärft hat. — Dauernde gute Stellung. Anfragen an: Fabrik Stolzenberg bei Salmünster in Hessen.

Eine sichere Existenz.

In einer großen Stadt Holsteins ist eine in bester Lage der Stadt gut eingeführte **Möbeltischlerei mit gr. Magazin** wegen Todesfalls billig zu verkaufen. Off. bis zum 6. Sept. unter **161**, postlagernd **Itzehoe.** [M. 2,10]

Behufs besserer Ausnutzung einer guten Wasserkraft wird ein

Socius mit Kapital gesucht,

welcher die Einrichtung und Leitung der Fabrikation von Spezialartikeln ꝛc. übernehmen kann. Holzbranche bevorzugt, da Holzbearbeitungs-Maschinen vorhanden.

Offerten erbitte unter R. H. 428 an Rudolf Mosse, Dresden.

Ein Grundstück i. e. größ. Stadt, 5 Min. v. Bahnh., best. a. Wohngeb., Seitengeb. m. groß. Fabrikräumen, i. w. s. 4 Jahren m. best. Erfolge e. **Dampftischlerei** betr. wurde, soll m. Dampf-, sämmtl. Zurichtemasch., Transmissionen, Dampfheizungsanlage sof. **billig** (d. auf Subh. billig erstand.) verk. werden. Die Fabrikräume eignen sich auch z. jeb. and. gewerbl. Anlage. Gefl. Off. sub **K. C. Oderblatt, Cüstrin.**

Neu! Großartiger Erfolg! Braselin

ist das einzige Mittel zur Herstellung einer **wasserechten Mattirung** und **nicht ausschlagenden Politur.** Unbedingte Garantie. Prospekte auf Anfrage vom Erfinder u. alleinigen Fabrikanten Lackwerk von

K. Braselmann, Höchst a. M.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabrizirt und hält auf Lager **H. Himstedt**, Hamburg, Niedernstraße 123. Preislisten auf Wunsch zu Diensten.

Eichene Stammblöcke,

alter Einschnitt, in allen Dimensionen, offerirt billigst. Offerten unter **E. a. 42466** bef. **Rud. Mosse, Halle a. S.**

Holzarbeiter Dresdens!

Auf Grund der in der öffentlichen Versammlung vom 31. Juli gefaßten Beschlüsse haben wir in nachstehenden Lokalen Zahlstellen errichtet, in denen Anmeldungen und Beiträge entgegengenommen, sowie das Verbandsorgan verausgabt wird:

In der Altstadt		im Restaurant	P ers, Gerbergasse 1.
„ „ „		„ „	Stölzer, Freibergerplatz 5.
„ „ „		„ „	Findeisen, Drehgasse 8.
„ „ „		„ „	Ludwig, Schnorrstr. 62.
„ „	Neustadt	„ „	Zimmermann, Schönbrunnstr. 1.
„ „	Friedrichstadt	„ „	Scheruck, Schäferstr. 49.
„ „	„	„ „	Becker, Seminarstr.
„ „	Johannstadt	„ „	„Zum Reichskanzler", Holbeinplatz.
„ „	„	„ „	Pfeifter, Reisigerstr.
„	Dresden-Striesen	„ „	„Zur Deutschen Eiche", Huttenstr. 1.
„	Pieschen	„ „	„Zur Börse", Leipzigerstr.
„	Löbtau	„ „	Kämpfe, Wernerstr.
„	Loschwitz-Blasewitz	„ „	Leischke, Grundstr.

Wir ersuchen alle Mitglieder, sowie überhaupt alle in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter, hiervon den weitgehendsten Gebrauch zu machen.

Die Expeditionszeit ist vom 1. September an jeden Sonnabend von 8—10 Uhr.

W. Breckling, z. Z. Bevollmächtigter.

Verband der Möbelpolirer Berlins u. Umgegend.

Der Arbeitsnachweis für Stuhl- und Möbelpolirer (auch nach Auswärts) befindet sich **Berlin O., Blumenstraße 38,** beim Restaurateur Herrn **J. Wiedemann** (früher Henke). Die Arbeitsvermittelung ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Wir ersuchen alle Berufskollegen (Tischler, Drechsler, Bildhauer ꝛc.), bei Bedarf an Möbelpolirern ihre Arbeitgeber auf unseren Arbeitsnachweis hinzuweisen. Alle sonstigen Anfragen und Auskünfte beantwortet gern kostenlos **Robert Weber**, Vorsitzender, **Berlin NO.**, Fliederstr. 6.

Lehrzeit: 4 Jahre. **Anhalt. Bauschule Zerbst** Wintersemester: 5. November.
Bauhandwerker, **Tischler,** sowie Fachschule für Eisenbahn-, Straßen- und Wasserbautechniker. Reiseprüfung vor Staats-Prüfungs-Commission. Kostenfreie Auskunft durch die Direction.

Dresden-Altstadt. **Jos. Feller.** Fürstenstraße 71.

Praktische Fachzeichen-Schule

für Tischler, Holzschnitzer und Drechsler. Tages- und Abendunterricht. Wintersemester Beginn am 15. Oktober. Anmeldung bis 25. September. Prospekte durch Obigen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.